

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1950

64 (16.3.1950)

BADISCHES VOLKSZEITUNG

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverh.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 64

Donnerstag, 16. März 1950

Preis 15 Pf.



Joliot Curie, Atomforscher und Präsident des Weltfriedenskomitees, der die gegenwärtige internationale Tagung in Stockholm leitet.

Kämpft für die Aufhebung des Urteils im Demontagestop-Prozess

Ein Hohn auf die Presse- und Meinungsfreiheit — Grundgesetz ein Fetzen Papier — Mit der Nationalen Front gegen die Kolonialjustiz der Besatzungsmacht

Frankfurt. Das Sekretariat des Parteivorstandes der KPD erklärt: Das im Demontagestop-Prozess in Hannover verhängte Urteil richtet sich gegen alle Deutschen. In einem Aufruf „Fünf Minuten vor Zwölf“ hatten die Angeklagten gegen die völkerrechtswidrige, unter Bruch des Potsdamer Abkommens durchgeführte Demontage, die in Watenstedt-Salzgitter einer Bevölkerung von 120 000 Deutschen die Existenzgrundlage vernichtet, protestiert und Wege aufgezeigt, durch die diese Demontage verhindert werden kann. Wegen dieses Aufrufes werden nun August Holländer 18 Monate und Werner Sterzenbach 12 Monate ins Gefängnis geworfen und sollen Verlag und Druckerei, die diesen Aufruf druckten, durch die verhängte Geldstrafe von je 5000 DM und durch die Beschlagnahme der Rotationsmaschine ruiniert werden.

Die Prozeßführung in dem Demontagestop-Prozess, die Behandlung der Verteidigung der Angeklagten, die Außerachtlassung der Aussagen der deutschen Zeugen und das nun gefällte Urteil beweisen, daß durch die verhängten Repressalien die westdeutsche Bevölkerung vom Kampf gegen die Demontage, für die freie Entwicklung der Friedenswirtschaft und vom Kampf gegen das

über Westdeutschland verhängte Kolonialregime abgeschreckt werden soll. Mit dem vom britischen Militärgericht in Hannover gefällten Urteil wurde ein Präzedenzfall geschaffen. Gestützt auf dieses Urteil und das Gesetz Nr. 5 der „Hohen Kommission“ kann jeder Deutsche, der es wagt, die von den Besatzungsmächten verfolgte Deutschlandpolitik zu kritisieren, zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Dieses Urteil, das sich auf das Gesetz Nr. 5 der „Hohen Kommission“ stützt, bedroht jeden Verleger und jeden Drucker mit Geldstrafe und Beschlagnahme seines Eigentums, wenn ein Militärgericht das Ansehen und die Achtung der Besatzungsmächte „gefährdet“ sieht. Das Urteil im Demontagestopprozeß zeigt, daß es in Westdeutschland keinerlei Pressefreiheit, keinerlei Meinungsverschiedenheit gibt und daß das vom „Parlamentarischen Rat“ auf Anordnung der Besatzungsmächte geschaffene sogenannte westdeutsche

„Grundgesetz“ nur ein leerer Fetzen Papier ist, soweit dieses „Grundgesetz“ von den demokratischen Rechten des deutschen Volkes spricht. Das Urteil beweist, daß die Forderung nach „freien gesamtdeutschen Wahlen“ nur leeres Propagandagerede ist, zur Täuschung des deutschen Volkes, das stärker denn je die einheitliche demokratische Republik verlangt. Die Tatsache, daß Deutsche nicht nach deutschem, sondern nach fremdem „Recht“ verurteilt wurden, daß sie verurteilt wurden weil sie die Lebensinteressen des deutschen Volkes vertreten, zeigt, daß die Bevölkerung Westdeutschlands wie ein Kolonialvolk behandelt wird. Die Verhaftung eines unter dem Schutz der Immunität stehenden, vom deutschen Volk gewählten Abgeordneten im Parlamentsgebäude ist eine Maßnahme, die von der britischen Kolonialmacht nicht einmal in ihrer indischen Kolonie durchgeführt

wurde. Das über Westdeutschland verhängte Kolonialregime gefährdet die Lebensinteressen und verletzt die nationale Würde des deutschen Volkes. Es ist daher eine Ehrenpflicht eines jeden Deutschen, gegen das vom britischen Militärgericht in Hannover verhängte Urteil aufs schärfste zu protestieren und die Aufhebung des Urteils zu fordern. Durch diesen Protest muß das deutsche Volk zeigen, daß es nicht gewillt ist, sich als Kolonialvolk behandeln zu lassen. Angesichts des Urteils von Hannover fordern wir alle Deutschen, die ihr Volk und ihr Vaterland lieben, auf, sich in der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland zusammenzuschließen, um die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zum baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland zu erkämpfen.

Zum Urteil von Hannover

Mit Empörung ist die Verkündung des Urteils im Demontagestop-Prozess in Hannover aufgenommen worden. Im Gerichtssaal selbst und später auf der Straße, wo hunderte von Menschen sich zu einem Zug formierten, der auf mehr als tausend Teilnehmer angewachsen war, als er vor dem John-Scheer-Haus in der Rosenstraße anlangte, in dem Redaktion und Verlag der „Niedersächsischen Volksstimme“ und die Volksdruck GmbH, sowie der Landesvorstand Niedersachsen der KPD ihren Sitz haben.

Das Urteil ist von außerordentlicher Härte: 18 Monate Gefängnis für August Holländer, den Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersachsen der KPD und 12 Monate Gefängnis für den Chefredakteur Werner Sterzenbach. 5000 DM Geldstrafe sollen von dem Verlag der verbotenen Zeitung und 5000 DM Geldstrafe von der Volksdruck GmbH gezahlt werden, und die Rotationsmaschine, zu deren Beschaffung Groschen um Groschen von Arbeitern und anderen Werktätigen zusammengetragen worden sind, soll der Beschlagnahme durch die britische Besatzungsmacht verfallen. Die Schwere dieses Urteils wird durchaus nicht gemildert dadurch, daß zwei der Angeklagten, Hete Fischer und Willi Oppermann freigesprochen worden sind.

Das Urteil richtet sich nicht nur gegen die Deutschen, die in Hannover auf der Anklagebank saßen; es richtet sich gegen das ganze deutsche Volk. Was war den Angeklagten vorgeworfen? Daß sie die Bevölkerung von Watenstedt-Salzgitter zum Kampf gegen die Demontage aufgefordert hatten. Eine Tat ist ihnen als Schuld angerechnet worden, die nicht nur dem Interesse der Bevölkerung im Gebiet von Watenstedt-Salzgitter, sondern die den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht und die deshalb wirklich patriotisch ist.

Das Urteil setzt sich hinweg über alle Grundsätze, die in der sogenannten zivilisierten Welt als gemeingültig proklamiert sind. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, über diese Rechte ist das Gericht zur Tagesordnung übergegangen. (Fortsetzung Seite 2)

Die Ruhrindustriellen haben ihre Hand im Spiel

Ruhr-Magnaten wünschten Watenstedt-Salzgitter-Demontagen

Bonn. (E. B.) Die unerhörte Tatsache, daß Vertreter der westdeutschen Schwerindustrie des Ruhrbezirkes aus Konkurrenzgründen ein Interesse an den Demontagen von Watenstedt-Salzgitter haben, wurde vom amerikanischen Hohen Kommissar McCloy erneut bestätigt. Auch der Sprecher der Adenauer-Regierung, Dr. Böx, gab in der Bundes-Pressekonferenz bekannt, daß eine derartige Stellungnahme „deutscher Stahl-fachleute“ über die sogenannte Unrentabilität der Produktion in Watenstedt-Salzgitter vorliege. Es handle sich in Watenstedt-Salzgitter aber weniger um ein wirtschaftliches als um ein soziales Problem, fügte er entschuldigend hinzu. Wie beide Probleme voneinander zu trennen sind, konnte der Sprecher der Adenauer-Regierung nicht klarmachen.

Protest gegen britisches Schandurteil

Magdeburg. (E. B.) Zu einer Protestaktion gegen das Schandurteil, das das britische Militärgericht in Hannover im Demontagestop-Prozess gegen deutsche Arbeiter gefällt hat, forderte der Kreisausschuß Magdeburg der Nationalen Front alle patriotischen Deutschen auf. In der Erklärung heißt es, dieses Schandurteil zeige den Weg, den das deutsche Volk unter der Knute des engli-

schen Militarismus gehen soll. Nur wenn das ganze deutsche Volk den Kampf aufnimmt, könne die Einheit Deutschlands, der Frieden und der Abzug der Besatzungstruppen erreicht werden.

Empörung über die Terrorurteile im britischen Schauprozeß

Berlin. (E. B.) Der größte Produktionsbetrieb der Deutschen Demokratischen Republik, das Chemiewerk Leuna, erklärte sich mit den Verurteilten solidarisch und forderte die Annullierung dieses britischen Schandurteils.

Die Verurteilung der gegen die Konkurrenz-Demontagen in Watenstedt-Salzgitter kämpfenden aufrechten Deutschen, für die jeder eindringlich vor Augen, in welchem ungeheuren nationalen Unglück das deutsche Volk gestürzt werden soll, wenn es noch länger die Bevormundung und den Terror der imperialistischen Westmächte in den Westzonen Deutschlands duldet. Im Namen der 18 000 Belegschaftsmitglieder des Chemiewerkes Buna, forderte die Be-

triebs-Gewerkschaftsleitung alle patriotischen Deutschen auf, noch entschlossener in der Nationalen Front für die Einheit Deutschlands und den Abzug aller Besatzungstruppen zu kämpfen. Die Beschlagnahme der Rotationsmaschinen der demokratischen Presse des Landes Niedersachsen durch die britische Militärregierung zeigt, daß der Imperialismus keine Mittel scheut, um die Stimme der wahren Demokratie in Westdeutschland mundtot zu machen, heißt es in einer Protestresolution der Mitteldeutschen Druckerei und Verlagsanstalt, Zweigstelle Magdeburg.

Protest der Widerstandskämpfer

Magdeburg. (E. B.) Die sofortige Rückgängigmachung des Schandurteils, das das britische Militärgericht in Hannover am Dienstag gegen deutsche Arbeiterfunktionäre gefällt hat, forderte der Magdeburger Kreisvorstand der VVN. In der Stellungnahme werden alle fortschrittlichen und friedliebenden Deutschen zum Protest gegen dieses Terrorurteil aufgefordert.

Die Landhungrigen siegen über De Gasperi

1,5 Millionen Hektar Land muß den armen Bauern im Zuge der italienischen Agrarreform gegeben werden

Rom. (E. B.) Die Regierung de Gaspari hat den Kampf gegen die landhungrigen armen Bauern und Landarbeiter verloren. Die Größe der Bauernrebellion hat die staatlichen Machtmittel, deren sich die de-Gaspari-Regierung so gern bediente, schamhaft gesetzt. Die Inbesitznahme des brachliegenden Landes der Großgrundbesitzer durch die Landhungrigen konnte durch nichts mehr aufgehalten oder rückgängig gemacht werden.

Die Regierung de Gaspari sah sich zu ihrem Leidwesen gezwungen, ihre jahrelange Verschleppertaktik gegenüber einer Bodenreform aufzugeben. Sie mußte sich nun unter dem Druck des Landes entschließen, 1,5 Millionen ha dem Großgrundbesitz zur Durchführung der Landreform zu nehmen.

Wenn es den Landarmen Italiens gelungen ist, über die feudalen Großgrundbesitzer und die Regierung de Gaspari einen solchen Sieg zu erringen, dann nur, weil sie in der städtischen Arbeiterschaft und deren Organisationen, der Gewerkschaften, der kommunistischen Partei und der Nennsozialisten treue Verbündete hatten, die ihre Macht in die Waagschale warfen, um den Polizeiterrord gegen die armen Bauern abzuschlagen.

Die Regierung macht nun aus der Not eine Tugend. Was sie nur schweren Herzens und nur gezwungen vollzieht, versucht sie zu einer Propaganda für sich zu benutzen. Die Bodenreform sei ein Bollwerk gegen den Kommunismus läßt sie verkünden. Die ita-

lienischen landarmen Bauern wissen, daß sie in den Kommunisten allein ihre tatkräftigen Bundesgenossen haben, die mit ihnen den Kampf führten, der nun von Erfolg gekrönt wurde. Dieselben Bauern als Bollwerk gegen den Kommunismus gebrauchen zu können wird eine Einbildung der Regierung de Gaspari, der italienischen Großgrundbesitzer, Kapitalisten und ihrer amerikanischen Auftraggeber bleiben.

Generalstreik in Venedig

Antwort auf Feuerüberfall der Polizei Venedig. (E. B.) Als Folge einer unerhörten Polizeiprovokation wurde in Stadt und Provinz ein Generalstreik ausgerufen. Die Polizei hatte gegen Arbeiter der Federwerke ohne Grund das Feuer eröffnet, als diese gegen Entlassungen demonstrierten. Fünf Arbeiter wurden schwer verletzt. Die Polizei will, um der Verantwortung zu entgehen, nur in die Luft geschossen haben, nachdem sie angeblich von den Arbeitern mit Steinen geworfen worden sei.

Dem Streikaufruf der Gewerkschaften folgte die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft. Geschäfte, Büros und Behörden mußten schließen. In Venedig selbst fand unter stärkstem Zustrom aus der Provinz eine riesige Protestkundgebung gegen den Polizeiterrord statt.

Der Generalstreik in Venedig ist zeitlich unbegrenzt. In Padua und Verona ist die Arbeiterschaft in einen vierundzwanzigstündigen Sympathiestreik getreten. In allen Städten Norditaliens finden Protestkundgebungen gegen den Polizeiterrord statt.

Urlaubsgesetz muß unverändert in Kraft bleiben

Vorschlag des sozialpolitischen Ausschusses will Gesetz verlängern, aber den Lehrlingen sechs Tage vom Mindesturlaub abziehen

Stuttgart. (E. B.) Der sozialpolitische Ausschuß des württemberg-badischen Landtags beschloß, dem Parlament zu empfehlen, das Gesetz über den Mindesturlaub in seiner bisherigen Form zu verlängern. Jedoch soll der Mindesturlaub für Jugendliche von 24 auf 18 Tage herabgesetzt werden. Die Vertreter der CDU und DVP setzten sich für diesen Urlaubsraub an den Jugendlichen ein und überstimmten die Abgeordneten der KPD und SPD

Unter dem Proteststurm aus den Betrieben, der sich in zahlreichen Entschleunigungen und Unterschriftenaktionen äußerte, haben die bürgerlichen Parteien auf ihren ursprünglichen Plan, den sie bereits im vergangenen Jahr deutlich durch ihre Abgeordneten verkünden ließen, verzichtet und einer Verlängerung des Urlaubsgesetzes zugestimmt. Für ihren Angriff auf den Ausbau des verfassungsgemäß gesicherten Rechtes auf Urlaub suchten sie sich den schwächsten Teil der Beschäftigten aus. Die Jugend soll büßen, daß die Beseitigung der ganzen Urlaubssetzung nicht gelang.

Die Arbeiterschaft aber muß wissen, daß sie sich nicht damit zufriedengeben darf. Gewiß hat sie erreicht, daß in dem Vorschlag des Landtags die ursprünglichen Absichten der Unternehmer und der ihnen hörigen Parteien aufgegeben wurden. Aber die Ju-

gend ist ein Teil der in den Betrieben des Landes schaffenden Menschen. Der Urlaubsabbau bei den Lehrlingen will die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um das Urlaubsrecht aufspalten. Jede Einschränkung dieses Urlaubsrechtes, auch wenn es zunächst nur bei den Jugendlichen beginnt, bedeutet eine Durchlöcherung des Gesetzes und beschwört die Gefahr herauf, daß die Unternehmer, denen das ganze Gesetz schon immer ein Dorn im Auge war, bald dazu übergehen werden es ganz zu beseitigen.

Darum gilt es jetzt in den Betrieben den Kampf um die unveränderte Annahme des Urlaubsgesetzes fortzuführen. Das Gesetz dürfte schon in wenigen Tagen dem Landtag vorgelegt werden. Es gilt, gegen das reaktionäre Wollen der Unternehmerparteien die Kraft der Arbeiterschaft einzusetzen. Die Arbeiter, die wissen, welche eine harte Jugend

diejenigen, die heute an der Werkbank stehen, gehabt haben, und wie der Ausbeutungsgrad sich in den Betrieben verschärft, haben allen Grund, das Recht dieser Jugend auf einen angemessenen Urlaub zu verteidigen.

Sie führen darüber hinaus den Kampf um das Urlaubsgesetz in einer Stunde, in der vor allem in den Metallbetrieben die Frage der dringenden notwendigen Erhöhung der Löhne in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist. Rüstet, daß die Unternehmer an dieser Kraftprobe spüren, daß sie die Rechte und Ansprüche der Schaffenden nicht niedertreten können.

Weitere Streikausbreitung

Paris. (E. B.) Entgegen aller Behauptungen der bürgerlichen Zeitungen und Presseagenturen breitet sich die Streikwelle in Frankreich weiter aus. Die Zahl der Streikenden hat die Millionengrenze längst überschritten. Jetzt sind in Paris die Bäcker-gesellen gleichfalls in den Lohnstreik getreten.

Im Streiflicht gesehen

Dr. Scharnagl nicht „bewußt nackt“ gewesen

München. (dpa.) Unter Ausschluss der Öffentlichkeit begann vor dem Münchener Landgericht ein Prozeß gegen den ehemaligen Oberbürgermeister von München, Dr. h. c. Carl Scharnagl (CSU). Ihm wird die Erregung öffentlichen Aergernisses und die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung vorgeworfen. Der 70-Jährige soll sich Ende 1948 in einem Münchener Bad vor Jugendlichen unbedeckt gezeigt haben. Er bestritt dies später in einer eidesstattlichen Erklärung. Scharnagl sagte aus, daß er sich nicht „bewußt nackt“ gezeigt habe. Der Hauptbelastungszeuge Fischer bestätigte vor Gericht, daß sich der Betroffene in dem Bad in Gegenwart von Jungen und Mädchen unbedeckt aufhalten habe. Charlotte Fischer, die Schwester des Hauptbelastungszeugen, sagte, daß Scharnagl sie an ihrer Badehose gezipft und mit ihr „Waagschicht“ gespielt habe — ein Spiel, bei dem die Partner ein-gewickelt Rücken an Rücken stehen und sich gegenseitig hochheben.

Zwei andere Zeugen bekundeten übereinstimmend, daß der Angeklagte nackt unter der Brause gestanden hat. Eine Badewärterin erklärte, daß Scharnagl entgegen seiner Aussage ihr unbedeckt beim Teppichabspritzen geholfen und sie wiederholt aufgefordert habe, mit ihm nackt zu baden. Dr. Scharnagl bestritt, daß dieser Aufforderung ein unsittliches Motiv zugrunde gelegen habe.

Amnestie rettet Dr. Scharnagl vor Verurteilung

München. (dpa.) In der Dienstagsverhandlung gegen den ehemaligen Münchener Oberbürgermeister Dr. h. c. Scharnagl beantragte der Staatsanwalt, daß das Verfahren auf Grund der Amnestie eingestellt wird. Die Kosten sollen zu Lasten der Staatskasse gehen. Ohne Berücksichtigung der Amnestie wäre für die Erregung öffentlichen Aergernisses eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe angemessen gewesen.

Die Beweisaufnahme hat nach den Worten des Staatsanwaltes eindeutig ergeben, daß der nackte Bürgermeister in einem Münchener Bad bei den Jugendlichen Aergernis erregte. Auch sei das Verhalten des Angeklagten der Ehefrau gegenüber, die er zum Nacktbaden aufgefordert hatte, nicht einwandfrei gewesen.

Anders, wenn es sich nicht um Besatzungsangehörige in Westdeutschland handelt

Richmond (Virginia). (dpa.) Das Todesurteil gegen sieben Neger, die im Januar 1949 eine weiße Frau vergewaltigt haben sollen, wurde durch das oberste Berufungsgericht des Staates Virginia bestätigt. Einer der Verteidiger der Verurteilten beabsichtigt, beim obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten erneut Berufung einzulegen.

In diesem Jahr keine Sommerzeit

Bonn. (dpa.) Die Bundesregierung hat beschlo-

ren. Von den elf Ländern der Bundesrepublik hatten sich nur zwei Länder für die Sommerzeit ausgesprochen. Neun Länder wünschten, die Normalzeit beizubehalten. Gegen die Sommerzeit war besonders von der Landwirtschaft Stellung genommen worden.

Vier amerikanische Soldaten wegen Totschlags vor Gericht

Heidelberg. (dpa.) Vor einem Militärgericht begann ein Prozeß gegen vier amerikanische Soldaten, die den Deutschen Kurt Rihm erschlagen haben sollen. Rihm war am 21. Dezember vorigen Jahres vor seinem Haus in Mannheim-Käfertal von den vier Soldaten derart geschlagen worden, daß er einige Tage später an den erlittenen Verletzungen starb. Die Soldaten werden außerdem beschuldigt, den Deutschen Emil Martin überfallen zu haben, der Rihm an dem Abend begleitet hatte.

Auch dies müssen wir bezahlen

München. (dpa.) 12,6 Millionen Mark sind nach den Worten eines Sprechers der bayerischen Staatsregierung erforderlich, um diejenigen Deutschen abzurufen, die durch Angehörige der amerikanischen Besatzungsmacht in Bayern verletzt wurden. Seit der Währungsreform seien für diesen Zweck 4,3 Millionen Mark aus dem Etat der Besatzungsfolgekosten bezahlt worden.

Mittelsmänner des Mörders Westering

Djakarta. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer Waffenschmuggler-Organisation wurden von der indonesischen Polizei insgesamt sieben Personen verhaftet, unter ihnen zwölf holländische Polizeioffiziere.

Westberliner Mordkurve steigt

Berlin. Im Januar 1949 sind in Westberlin 19 Morde verübt worden, das sind vier mehr als im Dezember. Diese Angaben enthält der Tätigkeitsbericht des Generalstaatsanwaltes beim Westberliner Kammergericht.

Auch die Zahl der Sittlichkeitsverbrechen lag im Januar in Westberlin mit 108 um 11 höher als im Dezember.

Hexenprozeß in Amerika

New York. In dem amerikanischen Staate Delaware wurde eine junge Frau jetzt wegen Hexerei verurteilt. Das Gesetz, auf das sich die Verhaftung gründet, stammt noch aus der Zeit vor der amerikanischen Revolution. 1776. Die „Hexe“ pflegte gewerbsmäßig die Kunst, aus den Handlinien das Schicksal zu deuten. Das Honorar für die Beratung betrug bei ihr 10 Dollar. Einige Kunden, die ihren Rat zwar in Anspruch genommen, die Ausgabe von 10 Dollar aber gescheut hatten, haben sie nun unter Berufung auf das alte Gesetz wegen Hexerei verklagt. Sie glauben, von der Chironomant an Rache verhext worden zu sein. (APF)

Fortsetzung von Seite 1

nung übergegangen. Das Recht der Unverletzlichkeit des Abgeordneten ist außer Kraft gesetzt durch die Verhaftung von Robert Lehmann, der in dem gleichen Prozeß angeklagt war, und gegen den nun noch gesondert verhandelt werden soll.

Mit Empörung müssen insbesondere alle Zeitungsleute, alle Journalisten, alle Verleger und alle Druckereibesitzer, müssen die Arbeiter des graphischen Gewerbes sich gegen dieses Urteil wenden.

Das Urteil in Hannover ist gefällt worden, um die Demontagen zu rechtfertigen und um ihre weitere Durchführung zu sichern. Aber die Demontagen sind ungesetzlich, weil sie im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stehen, das auch die Unterschrift des britischen Premierministers und führenden Mitglieds der Labour-Party Attlee trägt.

Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hätten die Demontagen bis zum Ende des Jahres 1948 beendet sein müssen. Die britische Regierung erklärte diese von ihr selbst eingegangene Verpflichtung für null und nichtig, und durch ein Sonderabkommen, das sie mit Amerika und Frankreich unter Ausschluß der Sowjetunion traf, als überholt.

Die britische Regierung könnte ihre Politik der Zerstörung von Arbeitsstätten in Deutschland wie der der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter nicht durchführen, wenn sie sich einer geschlossenen Front des nationalen Widerstandes gegenübersähe, wenn sie nicht in der Bonner Separatregierung Kräfte fände, die ihr bei der Durchführung ihrer Politik Beistand leisten.

Es ist Adenauer selbst gewesen, der nach eigenem Eingeständnis die Forderung der Vereinigten Stahlwerke auf Gewährung eines Auslandskredits in Höhe von 225 Mill DM an die „Hohe Kommission“ weiter gegeben hat, was ein Angebot im Ausverkauf Deutschlands darstellt. Die Frage war gestellt im Verlauf der Verhandlungen, die zum Petersberger Abkommen mit dem sogenannten Demontagestop für einige Werke in Westdeutschland führte. Aber Watenstedt-Salzgitter war nicht darunter. Adenauer hat sich damit einverstanden erklärt. Adenauer ist der Vertrauensmann der Schwerindustrie von Rhein und Ruhr, der Vertrauensmann der Leute der Vereinigten Stahlwerke. Aber die Herren an Rhein und Ruhr haben nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Konkurrenzunternehmen, wie das von Watenstedt-Salzgitter verschwindet. Zudem liegt Watenstedt-Salzgitter in einem Gebiet, das an die Deutsche Demokratische Republik grenzt und das für den Absatz seiner Produkte auf die Deutsche Demokratische Republik und auf den Osten Europas angewiesen ist. Im Interesse der Fortführung des Kalten Krieges, also aus strategischen Gründen im Hinblick auf den Krieg, der vorbereitet wird, liegt es, daß die Reichswerke von Watenstedt-Salzgitter verschwinden. So gesehen, war und ist der Kampf gegen die Demontage von Watenstedt-Salzgitter auch ein Kampf zur Verteidigung des Friedens, ein Kampf für die Herstellung der Einheit unseres Vaterlandes in einer einheitlichen deutschen demokratischen Republik.

Die Nationale Front, um die sich alle Deutschen scharen müssen, hat durch ihren Nationalrat zur Unterstützung des Abwehrkampfes der Werktätigen in Watenstedt-Salzgitter aufgerufen. Zu dieser Lösung kommt die folgende hinzu: Aufhebung des Urteils von Hannover. Alle Deutschen müssen diese Forderungen zu den ihren machen, müssen für sie kämpfen. I. H.

Letzter Schornstein der Reichswerke-Kokerei gesprengt
Watenstedt-Salzgitter. (dpa) Auf dem Gelände der Kokerei II in den Reichswerken Watenstedt-Salzgitter wurde der letzte Schornstein gesprengt. Die Reichswerke verhandeln zur Zeit mit der Demontagebehörde über die Erhaltung von Kaminen, die unter den noch zu sprengenden Anlagen hindurchgehen.

Heute Entscheidung über Treibstoffpreis?
Bonn. (EB) Für die endgültige Festsetzung der Treibstoffpreise hat die Adenauer-Regierung noch immer keinen Beschluß gefaßt. Es wird deshalb abzuwarten sein, was der Bundestag heute beschließen wird. Es erscheint nicht sicher, daß der Finanzminister selbst alle Abgeordneten der Regierungsparteien hinter seine Forderung einer Treibstoffsteuer von 7 Pfennig bringen wird.

Versuchte Hausung bei der „Hamburger Volkszeitung“
Hamburg. (Eig. Ber.) In den Räumen des Buchvertriebes der „Hamburger Volkszeitung“ erschienen Beamte der Spezialabteilung der Hamburger Kriminalpolizei (die englischen Befehl untersteht) und versuchten ohne richterliche Veranlassung eine Hausung durchzuführen.

Durch den Protest des Verlagsleiters der „Hamburger Volkszeitung“ wurde die Hausung unterbrochen. Gleich nach Bekanntwerden des polizeilichen Ueberfalls erschienen die Bürgerschafts-Abgeordneten der KPD, Willi Prinz, Fiets Detmann und Kurt Erleben im Buchvertrieb der „Hamburger Volkszeitung“ und protestierten ebenfalls gegen den neuerlichen flagranten Bruch des Bonner Grundgesetzes.

Hamburger FDJ demonstriert gegen Demontage und „Volksstimm“-Urteil
Hamburg. (dpa) Die Freie Deutsche Jugend demonstrierte vor dem Sitz des britischen Landeskommissars in Hamburg gegen die Demontage in Watenstedt-Salzgitter und gegen das Urteil im „Volksstimm“-Prozeß in Hannover. Die Demonstranten versuchten, in das Gebäude einzudringen. Ein 42 Mann starkes Polizeiaufgebot und zwei Radiostreifenwagen, die die Jugendlichen an ihrem Vorhaben hinderten, wurden mit lautem Gejohle und Pfuirufen empfangen.

Nach Chikagoer Muster
Bonn. (EB) Neue Personalausweise mit Lichtbild und Fingerabdrücken, also ganz nach Chikagoer Mustern, soll jeder Eingeborene von Trizonesien nach einem Gesetzentwurf der Adenauer-Regierung erhalten.

Faschistischer Wind aus den USA

Die „totalitäre Diplomatie“ Achesons ein Versuch des zentralen Angriffs auf demokratische Rechte durch die Kriegstreiber

In einer besonders scharfen Rede, die der amerikanische Außenminister Acheson in Washington hielt, wandte er sich gegen die täglich stärker zum Ausdruck kommende Stimmung der Volksmassen, die Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Beilegung der internationalen Spannung fordern. Wenn der Wunsch nach Frieden nicht so stark wäre hätte Acheson nicht so scharf davor warnen müssen, daß „z. B. Gespräche zwischen Truman und Stalin gegenwärtig keine Streitfrage des kalten Krieges lösen können.“ Den kriegslusternen Charakter des USA-Imperialismus verriet er durch die „Befürchtung“, daß der amerikanische Imperialismus seine Herrschaft verlieren könnte, „ohne daß jemals ein Schuß losgefeuert würde.“ Das wäre offensichtlich für die Imperialisten das größte Unglück.

Vor allem der Tadel Achesons, daß „wir nicht alle unsere Hilfskräfte darauf konzentrieren, diesen Kampf (gegen den Kommunismus, SID) zu gewinnen“, und seine schon beinahe in Form einer Drohung ausgesprochene Aufforderung, „daß alle Regierungsweige zusammenarbeiten müssen und daß andere

Institutionen, wie die Geschäftswelt, die Landwirtschaft, die Arbeiterschaft, die Presse und der Rundfunk freiwillig übereinkommen müssen, ihre Anstrengungen einzig und allein für die Führung dieses Kampfes zu vereinigen, untermauern die Befürchtung, daß der Prozeß der Faschisierung in den USA sehr schnell voranschreitet, wenn er nicht auf den erbitterten Widerstand des amerikanischen Volkes stößt.

In diesem Zusammenhang ist ein Leitartikel im Organ der KP der USA, dem New Yorker „Daily Worker“ vom 6. 3. von großem Interesse, in dem mitgeteilt wird, daß der sogenannte Mundt-Nixon-Antrag, ein von faschistischen Außenseitern des amerikanischen Parlamentes ausgearbeiteter Entwurf eines „Staatschutzgesetzes“ vom Rechtsausschuß des amerikanischen Senats dem Plenum überwiesen wurde und heute bei einer Reihe von Senatoren Unterstützung findet, die ihn bis vor kurzem ablehnten. Als ob Acheson seine Rede schon gehalten hätte schrieb der „Daily Worker“ bereits drei Tage vorher: „Das Weiße Haus selbst will anscheinend

diese Unterdrückungsmaßnahmen, um die öffentlichen Proteste zu ersticken, die Zweifel an seiner Politik der Wasserstoffbombe und die Ablehnung von Verhandlungen zum Ausdruck bringen. Die Entscheidung, mit Volldampf die Wasserstoffbombe voranzutreiben, führt das Weiße Haus dazu, die öffentliche Meinung zu ignorieren, oder unter allen Umständen zu erdrücken.“

Im übrigen berichtet der „Daily Worker“ über die Gefahren, die dem amerikanischen Volke drohen, falls der Mundt-Nixon-Antrag angenommen werden sollte. Weil die Bestimmungen des Mundt-Nixon-Antrages die Quellen darstellen, aus denen die Soldknechte des amerikanischen Imperialismus in Europa schöpfen, veröffentlicht wir einen längeren Auszug aus dem Kommentar des „Daily Worker“:

„Wenn der Mundt-Nixon-Antrag zum Gesetz erhoben wird, ist die Verfassung der Vereinigten Staaten zu Grabe getragen worden.“

Wenn der Mundt-Nixon-Antrag Gesetz wird, wird man ins Gefängnis kommen,

wenn man sagt, daß man keinen Krieg mit der Sowjetunion, China oder den Volksdemokratien wünscht, wenn man sagt, daß man nicht glaubt, daß ein Atomkrieg wünschenswert oder notwendig wäre, wenn man das Verbot aller Atomwaffen fordert, wie es von der Sowjetunion vorgeschlagen wurde,

weiterhin: wenn bewiesen werden kann, daß eine Gewerkschafts- oder andere Organisation der Linie der Kommunisten Partei folgt und für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, erhöhte soziale Sicherheit oder die Verabschiedung eines Gesetzes gegen die Rassendiskriminierung kämpft, so wird sich diese Gewerkschaft, Gemeindeorganisation und ihre Führer Anklage, Verhaftung und Gefängnis ausgesetzt sehen. Das sieht der Mundt-Nixon-Antrag buchstäblich vor.

Der Mundt-Nixon-Antrag besagt, daß jeder Amerikaner ins Gefängnis gehen soll, der sich wissenschaftlich mit irgend einer Person zusammenschließt, konspiziert oder übereinstimmt, um eine Handlung zu begehen, die wesentlich zur Errichtung einer totalitären Diktatur innerhalb der USA beitragen würde.

Fernerhin legt er fest, daß jeder Amerikaner oder jede Organisation als verbrecherisch in dem Maße angesehen werden soll, in dem er oder sie die Politik einer ausländischen Regierung durchsetzt.

Nach der Ansicht der Auftraggeber von Mundt-Nixon ist der sicherste Beweis für den Versuch, eine totalitäre Diktatur zu errichten oder einer fremden Regierung zu helfen, die Uebereinstimmung mit der Sowjetunion, daß kein amerikanisch-sowjetischer Krieg stattfinden darf. Es wird einfach sein, jeden Amerikaner — ob Gewerkschaftler, Kommunist, Wissenschaftler oder Geistlicher — der ein amerikanisch-sowjetisches Abkommen zur Aechtung des Atomkrieges fordert, anzuklagen. Sagt das die Sowjetunion nicht auch?

Nach dem Mundt-Nixon-Gesetz werden Millionen von Amerikanern, die sich schon gegen den Baruch-Plan ausgesprochen oder Zweifel an seiner Gültigkeit im Zeitalter der Wasserstoffbombe gehegt haben, schnellen „Prozessen“ und Gefängnisurteilen unterworfen werden. Die Vereinigung der Quäker, der Welttr der Kirchen, die amerikanische Vereinigung von Atomwissenschaftlern — um nur einige zu nennen — werden ohne Schwierigkeit zu Verbrechern nach den umfassenden und unklaren Bestimmungen des Mundt-Nixon-Gesetzes erklärt werden. Es ist klar, daß das Mundt-Nixon-Gesetz auf das Verbot der Friedensbewegung des Volkes hinzielt.

Das Mundt-Nixon-Gesetz wird jeden Amerikaner ins Gefängnis werfen und jede Organisation verbieten, die nach den Worten dieses Gesetzes nicht von den Positionen, die von irgend einer kommunistischen politischen Organisation, der ausländischen kommunistischen Regierung oder der Weltkommunistenbewegung eingenommen werden, abweicht.

Somit wird der Anhang an die Philosophie des Marxismus-Leninismus oder auch nur die Sympathien mit seinen Ideen automatisch jeden amerikanischen Bürger und jede Organisation Verhaftung und Gefängnis aussetzen. Das Gesetz verbietet den Gedanken des Sozialismus sowie den Gedanken des Friedens.

Das Mundt-Nixon-Gesetz behauptet nach dem Muster der Zaren und Hitler, daß alle Kommunisten Verbrecher sind. Weiterhin fordert es, daß sich alle solche Verbrecher bei der Staatspolizei registrieren lassen sollen. Lassen sie sich registrieren, so geben sie zu, daß sie Verbrecher sind, die ins Gefängnis gehen sollten! Weigern sie sich, sich registrieren zu lassen, so werden sie dennoch wegen Verletzung des Gesetzes ins Gefängnis geworfen! Das Mundt-Nixon-Gesetz ersetzt daher die Verfassung durch die unbeschränkte Macht der Staatspolizei.

Nach dem Mundt-Nixon-Gesetz werden Gefängnisstrafen angedroht, wenn man mit einem Kommunisten oder einem Mitglied einer kommunistischen Organisation spricht, da es für die Staatspolizei leicht sein wird, Beweise aufzufinden oder aus der Luft zu greifen oder die Beschuldigung zu erheben, daß eine solche Unterhaltung vertrauliche Informationen preisgegeben hat. Dieses Gesetz verbietet nicht nur durch ein brutales Dekret die kommunistische Partei es verbietet jeden Schatten einer freien politischen Betätigung oder eines Zusammenschlusses eines Teiles oder einer Gruppe von Amerikanern. Die Fortschrittspartei mit ihrer Plattform der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit wird aufgehoben, als eine gesetzliche Organisation zu existieren.“

Die Versuche, den Mundt-Nixon-Antrag zum Gesetz zu erheben, verdienen im Zusammenhang mit Achesons Rede, die die bisher offenste Drohung einer offiziellen Persönlichkeit der USA gegen die Sowjetunion enthielt, größte Beachtung. Sie müssen um so mehr Anlaß zur Stärkung der Wachsamkeit aller Friedenskämpfer sein, als dieser reaktionäre Windstoß aus den USA bereits in Europa spürbar geworden ist und sich im französischen Parlament dadurch bemerkbar machte, daß fortschrittliche Abgeordnete von der Polizei verprügelt wurden, weil sie der Annahme eines „Antisabotagegesetzes“ im Sinne des Mundt-Nixon-Antrages verfassungsmäßigen Widerstand leisteten. Diese Feststellung wird dadurch noch erhärtet, daß ein solches Gesetz, das hohe Zuchtausstrafen für streikende Arbeiter und aktive Friedenskämpfer vorsieht, in Frankreich bereits angenommen wurde, und in Form eines „Republik-Schutzgesetzes“ auch im westdeutschen Schattenparlament zur Beratung steht, wobei sich eine Einheitsfront von der rechten SPD-Führung, die einen eigenen Entwurf einbrachte, über die Regierungsparteien bis zu Hedler und Remer ergibt.

Der Beweis dafür ist wohl erbracht, daß der neue Kurs in den USA seinen Ausgang nahm und bis zu uns herüberstrahlte, und daß er gleichzeitig alle Kräfte des Rückschritts, des Antisowjetismus und des Krieges zusammenschließt. Diese Entwicklung spiegelt die Schwäche des Imperialismus, aber auch seine außerordentliche Gefährlichkeit wider. Sie mahnt zur Wachsamkeit aller fortschrittlichen Kräfte und zur Verstärkung des aktiven Friedenskampfes, der allein die Macht-ergreifung eines neuen Faschismus verhindern kann. F. U.

Mitbestimmungsrecht muß erkämpft werden

Von der Millionärs-Regierung ist nichts zu erwarten

Bonn. (E. B.) Herr Storch, Arbeitsminister der Adenauer-Regierung hat ein Exposé über das Mitbestimmungsrecht ausgearbeitet, das aber noch nicht veröffentlicht werden soll. Der Sprecher der Regierung Adenauer kennzeichnete die Stellung des Kabinetts dahingehend, die „beiden Sozialpartner“ — gemeint sind damit Unternehmer und Arbeiter — sollten zur Eigenfindung der Begriffe kommen. In vernünftiges deutsch übersetzt heißt das: Die Adenauer-Regierung will und kann von sich aus die gerechten Forderungen der Werktätigen nach sozialem, personellem und wirtschaftlichem Mitbestimmungsrecht niemals rechtlich stützen. Sie wird im Gegenteil alles tun, um „den Herren-im-Haus-Standpunkt“ der Großunternehmer weitgehend zu fördern. Wenn auch einige CDU-Abgeordnete, die den Gewerkschaften nahestehen, Andeutungen gemacht haben, sie würden sich für das Mitbestimmungsrecht einsetzen, so macht sich doch niemand in Bonn Illusionen darüber, daß die Koalition DP, FDP und CDU-CSU ausgerechnet den Interessen der Werktätigen zu liebe selbst auseinander ginge, hat sich doch die Millionärs-Regierung Adenauer zu dem Zweck zusammengefunden, im Auftrage der anglo-amerikanischen Monopol-Kapitalisten die deutsche Arbeiterschaft so rechtlos als möglich zu machen, damit die koloniale Ausbeutung der westdeutschen Bevölkerung um so leichter vonstatten gehen kann. Diese Millionärs-Regierung kann und muß durch den gemeinsamen Kampf aller Werktätigen beseitigt werden.

Diese Bundesstelle soll die bisherigen Fachstellen für Einfuhrangelegenheiten, Ausfuhr und Angelegenheiten des Interzonen-Handels ersetzen. Es handelt sich um eine staatlich sanktionierte Vertretung der Unternehmer, die aus Bundesmitteln bezahlt wird.

Statt 2500 nur 1000 Lehrlinge

Bonn. (Eig. Ber.) Die Bundesbahn kann in diesem Jahre nur 1000 Lehrlinge einstellen. Bisher wurden jährlich 2500 Lehrlinge in die Bundesbahn aufgenommen. Der Bundesminister für Verkehr teilt dazu mit: „Die darüber hinaus für dieses Jahr noch offenstehenden 1500 Lehrstellen kann die Bundesbahn wegen ihrer großen Finanzschwierigkeiten nicht besetzen. Die Mittel, die der Bundesbahn im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs-Programms der Bundesregierung zufließen sollen, sind ausschließlich für Investitionen bestimmt und für diese Zwecke im einzelnen bereits festgelegt. Mittel für die zusätzliche Beschäftigung von Lehrlingen können aus diesem Fond nicht freigemacht werden.“

Unternehmer-Fachstelle aus Bundesmitteln bezahlt

Bonn. (Eig. Ber.) Die Adenauer-Regierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Bundesstelle für den Warenverkehr im Bereich der gewerblichen Wirtschaft dem Bundestag vorgelegt.

Nicht täuschen lassen!

Bonn. (Eig. Ber.) Einige Abgeordnete der CDU- und FDP-Fraktion haben beantragt, daß der Vertrieb von Kriegsspielzeug jeglicher Art in Westdeutschland verhindert wird. Immerhin ein Fortschritt. Kiegssetze und Remilitarisierungspläne sind aber nach wie vor gestattet.

Landtag gegen Immunitätsbruch der Briten

Freiburg. (EB) Der Präsident des Badischen Landtags erklärte in der Dienstagsitzung des Parlaments, daß der Aeltestenausschuß seine Meinung zur Frage der Immunität deutscher Abgeordneter, die er bereits vor einiger Zeit ausgedrückt habe, aufrecht erhalte. Das bedeutet auch im Falle des Abgeordneten Lehmann des Niedersächsischen Landtags eine Ablehnung des Angriffs auf die Immunität durch die Besatzungsmacht.

Vorher hatte sich der Landtag gegen eine Aussprache über das Veto der Hohen Kommission zum Haushaltsplan 1949 ausgesprochen. Ebenso ging die Regierung einer Beantwortung zweier kurzer Anfragen der Kommunistischen Landtagsgruppe aus dem Wege, in denen um Auskunft über die Maßnahmen der Regierung gebeten wurde, die Werbetätigkeit für die Fremdenlegion zu unterbinden. In der zweiten Anfrage wurde Auskunft über die Bildung deutsch-schweizerischer Kapitalgesellschaften gefordert, die es sich zur Aufgabe machen, die Soforthilfeabgabe für die Industrie in Südbaden zu verhindern.

In einer kurzen Anfrage zum Mietersstreik in Blumberg durch alle Fraktionen des Landtags erklärte die Regierung durch Minister Lais, daß sie sich außerstande sehe, durch einen direkten Eingriff in die Mietverträge eine Besserung der Lage der Blumberger Bevölkerung zu erreichen. Sie habe lediglich bei der Bundesregierung Schritte unternommen, worauf ihr aus Bonn geantwortet wurde, daß die ganze Frage jetzt zusammen mit der Deutschen Bau- und Wohnbank AG in Frankfurt überprüft wird, die die Reichsdarlehen verwaltet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das Badische Beamtengesetz beraten und von der KPD und SPD entschieden abgelehnt, da es in keiner Weise den veränderten Verhältnissen und den gegebenen Notwendigkeiten zum Aufbau eines demokratischen Staates entspreche.

Der stärksten Friedensmacht zum Gruß

Ministerpräsident Grotewohl an Generalissimus Stalin

Berlin. (EB) Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, richtete an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Generalissimus Stalin, zu dem Ausgang der Wahlen in der Sowjetunion ein Glückwunsch-Telegramm. Darin heißt es: „Die in dieser Wahl erneut bewiesene Einheit zwischen dem Sowjetvolk, dem Sowjetstaat, der Sowjetregierung und ihrer konsequenten Friedenspolitik ist nicht nur eine Quelle der Kraft und der Unbesiegbarkeit der Sowjetunion selbst, sie ist zugleich für alle friedliebenden Staaten und die Friedensanhänger in aller Welt ein Anlaß, sich noch enger um die Sowjetunion, die stärkste Kraft für die Verteidigung des Friedens zu scharen.“

Im Kampf des deutschen Volkes um die nationale Existenz Deutschlands ist die Stärke und Geschlossenheit der Sowjetunion ein ausschlaggebender Faktor. Die demokratischen Kräfte Deutschlands begrüßen daher das Wahlergebnis als einen Beweis dafür, daß ihr bester Freund, die Sowjetunion, noch stärker, geeinter und mächtiger dasteht denn je. Dies ermutigt uns, den Kampf um die nationale Einheit noch entschlossener zu führen und durch Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, mit der Sowjetunion in fester Freundschaft verbundenen Deutschlands den dauerhaften Frieden in ganz Europa zu sichern.“

Die Hälfte aller Bundesmittel für die ungeliebten Gäste

Bonn. (EB) Ueber die Verwaltung der fast 5 Milliarden betragenden Besatzungskosten hat sich die Adenauer-Regierung in ihrer letzten Kabinettsitzung unterhalten. Nicht etwa darüber, wie man diese unverhältnismäßige Summe vom Rücken des deutschen Steuerzahlers nehmen könne, indem man die Besatzungsmächte zur Zurückziehung ihrer Truppen auffordert. Nicht einmal eine Einschränkung wurde bisher von der Adenauer-Regierung verlangt. Fast die Hälfte aller Bundesmittel müssen für die ungeliebten Gäste aufgebracht werden.

Wer ist unerwünscht in Deutschland?

Nicht eingelöste Versprechungen der Adenauer-Regierung

„An sich könnte das uns recht sein, weil es uns manche Sorge ersparen würde“, meint das CDU-Organ „Rheinische Post“ vom 7. 3. 1950 dazu, daß die westdeutschen Schlagbäume auf Anweisung der Hohen Kommission geschlossen bleiben für die deutschen Rückwanderertransporte aus Polen.

Knapp ein halbes Jahr vorher hatte Herr Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 gesagt: „Die Arbeit der Bundesregierung wird weiter den etwa 200 000 Deutschen gelten müssen, die sich in dem ehemaligen Ostpreußen und Schlesien und der Tschechoslowakei befinden.“ Das internationale Rote Kreuz hat es übernommen, mit den Westalliierten einerseits und mit Warschau und Prag andererseits über die Umsiedlung dieser bedeutenden Restbevölkerung zu verhandeln. Die Verhandlungen sind später überraschend — soviel den deutschen Stellen bekannt geworden ist, durch die britische Militärregierung — abgebrochen worden mit der damals gegebenen Begründung, man müsse erst die Bundesregierung abwarten.“

Die „Bundesregierung“ ist gebildet, an Stelle der Militärregierung trat die Hohe Kommission — die Versprechen wurden nicht eingelöst.

Zahlreiche deutsche Familien warten seit Jahren auf ihre Heimkehr, aber... „die Bundesregierung hat keine Verbindung nach Warschau. Sie darf ja keine Außenpolitik treiben.“ (Rheinische Post“, 7. März 1950).

Heute stehen die deutschen Rückwanderer vor den Schranken des Bonner Separatstaates und fordern von Dr. Adenauer & Co. die Einlösung ihrer Versprechen. Doch die Adenauer-Regierung hat ihre „feierliche“ Regierungserklärung vergessen, sie weist die deutschen Landsleute ab, denn die westalliierte Hochkommission hat

„Bund und Länder aufgefordert, sich dieser illegalen Zuwanderung“ entschieden zu widersetzen.“ (Pressedienst der CDU/CSU, 6. März 1950).

Wenn laut Adenauers Regierungserklärung noch 200 000 Deutsche in Polen und der Tschechoslowakei leben, so ist diese Zahl für seinen eigenen Partei-Pressedienst nicht bindend. Weil jede antikommunistische Verleumdung, jede Hetze gegen die SU und die Volksdemokratien von den imperialistischen Kriegsbrandstiftern mit besonderem Wohlwollen belohnt werden, deshalb lügt der CDU-Pressedienst, allein Polen wolle 300 000 Deutsche aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße „aussiedeln“.

Ist es mit der „christlichen Nächstenliebe“ zu vereinbaren, daß durch Lügenmeldungen Haß gegen friedliche Völker gesät und die Wiedervereinigung deutscher Familien verhindert wird?

Es war die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und Polen, die im Januar 1950 eine Vereinbarung über die schnelle Zusammenführung der durch den Krieg und die Kriegsfolgen getrennten Familien erzielte. Nach den Richtlinien der vom Amt für Informationen in der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlichten Vereinbarungen werden bis zum Oktober 50 000 Deutsche aus Polen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik repatriert. Jeder Transport umfaßt während des Winters 800, in den Sommermonaten 1200 Personen. Die Züge sind geheizt, führen einen Küchenwagen und sanitäre Einrichtungen mit. Außer der Fahrverpflichtung werden jeder Person noch Lebensmittel für drei weitere Tage gegeben.

Die Transporte erfolgen also pünktlich, und die Bonner Behörden hatten die Zeit, die notwendigen Vorbereitungen für die Aufnahme der Rückwanderer zu treffen; aber die westdeutschen Zonengrenzen blieben für die Mehrzahl der deutschen Rückwanderer geschlossen.

Sogar Pfarrer Albertz, der niedersächsische „Flüchtlingsminister“ mußte am Sonntag feststellen, die Umsiedler seien von den Westalliierten und westdeutschen Behörden „sehr viel schlechter behandelt worden als ein Viehtransport von Hannover nach Berlin“. So sieht es also mit den angeblich jahrelangen Bemühungen der Adenauer-Regierung um die Rückführung der deutschen Umsiedler in Wirklichkeit aus. Solange sie in Polen leben, waren sie den Kriegsbrandstiftern eine Schachfigur im antikommunistischen kalten Kriege, jetzt aber, da sie Einlaß begehren, sind sie unerwünscht, weil sie das wachsende Arbeitsloseneelend Westdeutschlands mit dem stetigen Aufbau im neuen freien Polen vergleichen könnten.

Nur die Deutsche Demokratische Republik die frei ist von kolonialer Abhängigkeit und Wirtschaftskrise, nimmt sich dieser „unerwünschten“ Deutschen an. Sie hat sich bereit erklärt, die von den anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden zurückgewiesenen Umsiedler aufzunehmen. Sie gibt damit der gesamten deutschen Bevölkerung das Vorbild dafür, daß das deutsche Volk mit seiner Sammlung in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland den westlichen Besatzungsherren klar machen kann, wer unerwünscht ist in unserer Heimat. W. F. C.

„Silhouette 1950“ im Alster

Mannheim. Am Freitag, den 17. März, wird unsere Damenwelt das Vergnügen haben, „les derniers cris“ aus den Modeschöpfungen der Pariser Frühjahrs- und Sommersaison bestaunen zu dürfen.

Die Modenschau, die auf Initiative des Hauses Neugebauer in Verbindung mit dem Pariser Couturier Alex Maqui zustande kam, findet statt nachmittags um 15 Uhr in den Alster-Lichtspielen.

Neben acht bekannten Mannequins wird der künstlerische Teil der Veranstaltung von einem französischen Ensemble bestritten. Radio Frankfurt sandte als Conferencier Peter Frankenfeld.

„Silhouette 1950“ soll demnach eine Modenschau werden, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellt — ob auch in den Preisen?

Nationaltheater Mannheim

Mannheim. Am Mittwoch, den 15. März, gastiert das Nationaltheater Mannheim mit der Wagner-Oper „Die Walküre“ in Baden-Baden. Bei diesem Gastspiel wird Professor Rudolf Moralt (Wien) als Gast das Werk dirigieren.

Mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Opern-Ensembles an diesem Tage sowie Erkrankungen im Schauspielpersonal kann an Stelle des Gastspiels von Marika Röck keine andere Vorstellung gegeben werden.

Am Freitag, den 17. März, 19.30 Uhr, wird Mozarts „Entführung aus dem Serail“ zum letzten Male unter der musikalischen Leitung von Fritz Rieger gegeben.

Am Samstag, den 18. März, 19.30 Uhr, findet das erste Austausch-Gastspiel der Mannheimer und Heidelberger Bühnen statt. Während das Nationaltheater in Heidelberg die Oper „Walküre“ aufführt, gastieren die Stadt-Bühnen Heidelberg mit dem „Rosenkavalier“, musikalische Komödie von Hugo von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauß in Mannheim.

May-Meyer aus der Haft entlassen

Stuttgart. (VSt) Der Leiter des Nürtlinger Vermittlungsbüros, August Meyer, und der ehemalige Chefkläger der Ludwigsburger Zentralspruchkammer, Heinz May, sind auf Anordnung der Strafkammer des Landgerichts Stuttgart aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Damit befindet sich keine der im Zusammenhang mit der Entnazifizierungsaffäre angeklagten Personen mehr in Haft.

Mannheimer Jugend wendet sich gegen Urlaubskürzung

Die Landtagsabgeordneten Mannheims sollen Rede und Antwort stehen Sondersitzung des Jugendrates am kommenden Dienstag

Mannheim. -bü. Die in der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Landtages beschlossene Verkürzung des Urlaubs für Jugendliche von 24 auf 18 Tage durch die beiden Unternehmenseparteien CDU und FDP hat unter den Mannheimer Jugendlichen eine starke Protestwelle ausgelöst.

In einem Interview mit dem Vorsitzenden des Mannheimer Jugendrates, Vöhringer, teilte uns dieser mit, daß bereits eine Sondersitzung des Jugendrates einberufen sei, zu der die Vertreter sämtlicher Jugendverbände von Mannheim, Landtagsabgeordnete und die Presse eingeladen werden, um eindeutig gegen die Urlaubsverkürzung für Jugendliche Stellung zu nehmen.

Erst vorgestern hat die Konferenz der Jugendausschüsse der Stadtkreise Nordwürttemberg-Baden in Ruit den Landtag aufgefordert, den Jugendurlaub in seiner bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten.

„Wir haben mit großer Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß Bestrebungen im Gange sind, den Erholungsurlaub der Jugendlichen bis 18 Jahren zu kürzen. Wir halten die Kürzung des Urlaubs für Jugendliche unter 18 Jahren als z. Zt. vollständig unangebracht, da gerade die Jugend in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung durch die Verhältnisse der vergangenen Jahre viel stärker in Mitleidenschaft gezogen worden ist, als die Erwachsenen.“ heißt es in der aus diesem Anlaß angenommenen Entschließung.

In einem am gleichen Tage in Ruit stattgefundenen Forum haben Jugendvertreter, wie Vöhringer weiter berichtete, die Frage des Urlaubs für Jugendliche in der Diskussion aufgeworfen. Der FDP-Oberbürgermeister von Pforzheim, Dr. Brandenburg, habe zu diesem Thema erklärt, er sei grundsätzlich

für die Beibehaltung des Urlaubs für Jugendliche unter 18 Jahren in seiner bisherigen Höhe von 24 Tagen.

Vöhringer erklärte dazu, daß befremdend wirke, daß sich gerade die FDP-Abgeordneten im Landtagsausschuß für eine Kürzung des Urlaubs ausgesprochen haben. Die Jugend könne damit jedoch in keiner Weise einverstanden sein. Es müsse rasch gehandelt werden und versucht werden, ein einheitliches Vorgehen aller Mannheimer Jugendverbände in die Wege zu leiten.

Die Mannheimer Jugend werde in ihrer Jugendrats-Sondersitzung, die am Dienstag, den 21. März, voraussichtlich in der Wohlfelgenschule stattfindet, namentliche Abstimmung fordern, wenn in der nächsten Plenarsitzung des Landtages die Frage des Jugendurlaubes auf der Tagesordnung steht.

Aus einer Stellungnahme des Jugendsekretärs der Gewerkschaften, Hoffmann, entnehmen wir, daß am Montag, den 20. März, eine Sondersitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften stattfindet, auf der die Vertreter der Gewerkschaftsjugend über Aktionen gegen die beabsichtigte Kürzung des Jugendurlaubes beraten werden. Die Vertreter der Gewerkschaftsjugend beabsichtigen vor allem die Diskussion über das Urlaubsgesetz für Jugendliche in die Betriebe hineinzutragen.

Scharf wandte sich die F.D.J. gegen alle Machenschaften der Unternehmenseparteien, die Rechte der Jugend zu beschneiden. Das Mitglied des Landesvorstandes der F.D.J. H. Nau, erklärte: „Wir betrachten diese Kürzung des Urlaubs für Jugendliche als einen erneuten Angriff der Reaktion auf die elementarsten Lebensrechte der werktätigen Jugend. Dies ist ein erneuter Beweis für die

jugendfeindliche Politik der Unternehmenseparteien. Der Anschlag kann nur vereitelt werden, wenn sich die gesamte werktätige Jugend über alle Organisationschranken hinweg zu gemeinsamen Aktionen zusammenfindet. Die F.D.J. wird sich mit diesem erneuten Angriff keineswegs abfinden, sondern ihre ganze Kraft im Kampf um die Verfechtung der Interessen der Jugend einsetzen.“

Auch die Falken sind mit dem Vorschlag über Kürzung des Urlaubs für Jugendliche in der gestrigen Ausschusssitzung behandelt wurde, nicht einverstanden. „Die Jugend muß ein Veto einlegen gegen derartige Maßnahmen“, erklärte der Vorsitzende der Falken, Ott. „Die ungekürzte Beibehaltung des Urlaubs für Jugendliche ist für uns eine Forderung, die wir nicht nur vom politischen, sondern auch vom rein menschlichen Standpunkt aus vertreten.“

Auch Vertreter der Evangelischen Jugend äußerten sich gegen die geplante Urlaubsverkürzung für Jugendliche. Wir erwarten von dieser Seite noch eine ausführliche Stellungnahme in der Jugendratsitzung am kommenden Dienstag.

Es ist nur zu begrüßen, daß sich in Mannheim die Jugendverbände bereit erklärt haben, über alle trennenden Schranken hinweg eine gemeinsame Aktionsbasis zu finden.

Hoffen wir, daß am kommenden Dienstag ein einheitlicher Beschluß gefaßt wird, in dem der unmissverständliche Protest aller Jugendlichen gegen diese Knebelung ihrer Lebensinteressen zum Ausdruck kommt.

Mögen die Mannheimer Jugendlichen ihren Landtagsabgeordneten den Auftrag geben, als erwählte Vertreter des Volkes und auch der Jugend, im Landtag gegen den verkürzten Urlaub zu sprechen.

Ein letztes Wort zur Theaterkrise

Mannheim. Mit dem Stadtratsbeschluß vom 7. März, dem Nationaltheater einen Zuschuß von 1 450 000 DM zu geben, wovon freilich die 300 000 DM staatlicher Zuschuß allerdings noch eine Fiktion darstellen, ist vorläufig der Schlußpunkt hinter die Theaterkrise und eine Donquichotterie des Oberbürgermeisters gesetzt.

Trotz der epischen Breite und vorsichtigen Formulierung der Rede des Oberbürgermeisters, der eine Parallele zog zwischen der Theaterkrise von 1929 und der gegenwärtigen, welche letztere gänzlich andere Voraussetzungen hat, allein vom nationalen Gesichtspunkt aus, war unschwer festzustellen, daß aus dem Sturm der Öffentlichkeit über die beabsichtigte Schließung des Schauspielers der Oberbürgermeister eine Lehre gezogen hatte. Und zwar die Lehre, daß ein allzu selbständiges Handeln eines Stadtoberhauptes in jeder Frage, auch in der kulturellen, die scharfe Kritik der Bevölkerung hervorruft muß im allgemeinen, in besonderen aber die Kritik unserer Vertreter im Kulturausschuß und Stadtrat, die gegen das Übergehen des Stadtrates scharf protestierten.

Als das Klügeln und Errechnen der Gutachter über etwa zu machende Einsparungen durch die Fusion Mannheim-Heidelberg an den harten Tatsachen gescheitert war, hatte der Oberbürgermeister mit dem Heidelberger Oberbürgermeister dennoch weiter „heimlichdiplomatisch“ bezüglich seines Programms: Heidelberg stellt Schauspiel und Operette, Mannheim die Große Oper. Darüber hinaus hatte der OB die Einstellung eines Referenten für Theaterfragen mit weitgehender Selbständigkeit verfügt, dem ein Jurist mit 1000 DM Monatsgehalt, dem man wenig Sachkenntnis in Theaterdingen nachrühmt und der, wenn man will, durch seine gummiartig sich dehrende „Selbständigkeit“ den Kulturdezernenten, Beigeordneten Langer, ausschalten kann, und trat dann endlich an die Öffentlichkeit mit der Feststellung, die Schillerbühne sei ein „Sentiment“, das Haus am Schillerplatz sei ja zerstört, womit nach seiner Auffassung bewiesen war, daß dies nationale Kulturerbe nur die Phantasterei einiger Träumer sei.

Das hohe kulturpolitische Moment eines Nationaltheaters in der Zeit der nationalen Zerrissenheit Deutschlands, das seinen großen Dichter zum erstenmal der Welt mit „Die Räuber“ offenbarte, wurde dabei von dem OB vergessen. Neben Lessing, einer der größten Erzieher der Deutschen — wenn auch im Sinne unserer Weltanschauung idealistisch abtörend —, hat der Verfasser, der „Schaubühne als moralische Anstalt betrachtet“, heute für die gesamtdeutsche Frage mehr Gültigkeit denn je, und seine sittlichen Maximen braucht unsere Jugend, die heute auf ein niederes Kulturniveau durch sehr tiefstehende, vergiftende und verohrende Filme herabgedrückt werden soll. Hier sprechen nicht Gefühle (Sentiments), sondern bittere Notwendigkeiten. Deshalb bejahen wir Kommunisten die „Schillerbühne“.

Der OB hat nun seinen Standpunkt revidiert, was nicht zuletzt dem tatkräftigen Eingreifen der kommunistischen Vertreter im Theaterausschuß, der Bevölkerung, der Betriebe und auch dem Schauspiel-Ensemble, dessen soziale Existenz auf dem Spiel stand, zu danken ist. Der veraltete, unzeitgemäße und fast reaktionäre Spielplan des Schauspielers allerdings bedarf einer gründlichen Revision, und unsere Stadtratsfraktion wird gelegentlich der nächsten Debatten im Kulturausschuß und Stadtrat dies nachdrücklichst fordern.

Hessenfliege vernichtet Roggenaussa

Bad Mergentheim. (Iwb) Die Roggenaussa im Kreis Bad Mergentheim wurde durch die Hessenfliege nahezu vernichtet. Die Bauern sind gezwungen, die Felder erneut umzubereiten und zu besäen. Nur die späten Roggenaussen blieben verschont, da sie erst aufgingen, als die Schwärme der Fliegen vorüber war.

Bunkermieter fordert Herabsetzung der Mietpreise!

Durch separaten Strom ist Gesamtmiete im Ochsenpferchbunker erhöht

Mannheim. -qu. Bisher hatte die Gemeinnützige Baugesellschaft den Strompreis bei den Bewohnern des Ochsenpferchbunkers in der Neckarstadt in die eigentliche Miete mit einkalkuliert. Doch in diesen Tagen erhielten die Bunkerbewohner folgendes Schreiben, das wir inhaltlich der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen.

„Wegen der bisherigen Stromerhöhungen werden nun für jede Zelle besondere Zähler in Betrieb genommen. Der Stromverbrauch ist an die Stadwerke zu zahlen. Die sonstigen Unkosten, wie Strom für die Flurbeleuchtung, Entlüftung usw. geht auch weiterhin auf Kosten der Stadt. Da sich hierdurch die Ausgaben der Stadt ermäßigen, wird ab 1. 3. 1950 auch der Mietpreis herabgesetzt. Demnach beträgt nun der Mietpreis für eine 20 qm große Zelle 19 bis 22 DM (zuvor mit Strom 30 DM). Für eine Zelle von 10 qm 10 DM (zuvor mit Strom 20 DM).“

Nicht umsonst hat die Stadt nun ausgerechnet den separaten Strompreis eingeführt. Sie weiß sehr gut, daß dabei am meisten profitiert wird — auf Kosten der Aermsten und Armen allerdings. Diese Menschen, meistens mit Kindern, leben in kalten Zellen ohne Licht, Luft und Sonne und bezahlen für den Quadratmeter 1 DM. Sie sind nicht nur gezwungen, den ganzen Tag Licht zu brennen, sondern auch die Heizung der Räume kann nur elektrisch betrieben werden.

Die her beginnende Maßnahme der Stadt ist eine rücksichtslose Spekulation auf die Notwendigkeit und das Bedürfnis der Bunkerbewohner, die ohne elektrische Beleuchtung in den menschenunwürdigen Löchern überhaupt nicht hausen können.

Bei dem augenblicklich festgesetzten Strompreis von 8 Pfennig pro kw erreichen die Familien für beispielsweise 2 kleine Zellen einen monatlichen Verbrauch von ca. 300 kw. Das sind ganze 24 DM im Gegensatz zu früher von ca. 20 DM.

Ob die Stadt der Meinung ist, 4 DM seien für diese Menschen ein Pappenstiel, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber jedenfalls steht fest, daß der Ochsenpferchbunker Stadt ist. Die Gesamtkosten der Stadt alles andere als ein Unkostenfaktor für die betragten nach zuverlässigen Schätzungen ungefähr monatlich 1150 DM. Demgegenüber sollen Einnahmen von ca. 1800 bis 1900 DM stehen.

Wenn man bei der Stadt schon ein Verzicht auf die Unkosten anstrebt, weil der zuvor unkontrollierbare Stromverbrauch angeblich zu hoch gewesen sei und das E-Werk keinen 4-Pfennig-Tarif (Großverbraucher) gewährt, dann soll man wenigstens die Mieten von 1 DM auf 0,50 DM pro qm herabsetzen. Daß die augenblickliche Miete ein unhaltbarer Zustand ist, steht außer Zweifel, zudem zum Beispiel im J-3-Block 1 qm 1,20 DM kostet.

Wie verhält es sich zum Beispiel, daß die Gemeinnützige Baugesellschaft, die der Verwalter des Ochsenpferchbunkers ist, Bunker Räume für gewerbliche Zwecke mit 0,50 DM pro qm vermietet? Eine Familie mit mehreren Kindern kommt bei dem jetzigen Miet- und Strompreis bei Bewohnen eines größeren Bunkertraumes und bei sparsamem Stromverbrauch auf durchschnittlich 40—50 DM monatlich.

„Das ist dann noch die zusätzliche Strafe dafür, daß wir ohnehin gezwungen sind, in den menschenunwürdigen Bunkerwohnungen zu hausen...“ schreibt uns eine Bewohnerin des Ochsenpferchbunkers.

Sämtliche Bewohner des Bunkers verlangen eine sofortige einheitliche Herabsetzung des Mietpreises. Wenn es schon nicht möglich sein sollte, Wohnungen für diese Menschen zu schaffen, so soll man doch unbedingt ihr ohnehin schon schweres Los von städtischer Seite aus nicht noch schwerer gestalten.

Zugang zum Sitzungssaal (2. Stock) ohne Eintrittskarten unmöglich. Der Landgerichtspräsident

„Wir fahren nach Leipzig...“

Erlebnisbericht eines Mannheimer Straßenbahnners von seiner Reise zur Messe

Mannheim. Nun war es also so weit. Nach mancherlei Schwierigkeiten standen wir auf dem Bahnsteig und warteten in bester Laune auf den Zug, der uns zur Leipziger Messe bringen sollte. Nicht zu einer Messe schlechthin, sondern in die Deutsche Demokratische Republik, in ein Land, das die Voraussetzungen für ein besseres Leben schafft, in welchem der schaffende Mensch auch ein Recht hat auf ein menschenwürdiges Dasein.

Pünktlich, Sonntagfrüh 0,29 Uhr, ging es ab. Interessant war die Zusammensetzung des Reisepublikums: Geschäftsleute, die alte Verbindungen aufnehmen wollten, Reisende, die Verwandte besuchten und wir als geladene Gäste des FDGB.

Das Gespräch der Mitreisenden drehte sich auf der Fahrt nur um eine Frage: Wie wird es an der Grenze? Bekommen wir das Geld abgenommen, wird das Gepäck kontrolliert und was wird mit dem mitgeführten Reiseproviant? Wir lächelten still in uns hinein.

Ohne größeren Aufenthalt eilte der Zug der Grenze zu. Zwischen Fulda und Bebra tauchten im Abteil zwei Gestalten auf, welche die Reisenden zu einem kleinen Geschäftchen bewegen wollten: Umtausch der Währung von West- gegen Ostmark, und zwar zu dem Kurs 5,50 Mark Ost gegen eine Mark West.

Auf die Frage eines Mitreisenden, ob die Sache auch geheimer sei, erklärten die Zwei vorsichtig, daß man das Geld eben am Körper so verwalten müsse, daß die Grenzkontrolle es nicht finde, da man sonst alles abgenommen bekäme. Von diesem Anerbieten machten wenig Reisende Gebrauch, und die es taten, sollten es sehr bald bereuen.

Als der Zug sich Bebra näherte, machte sich im Abteil eine gewisse Nervosität bemerkbar, die sich erheblich steigerte, als die Beamten des Grenzschutzes Hessen erschienen, um Stichproben nach nicht ausfuhrberechtigten Waren zu machen. Aber es ging ohne Zwischenfälle vorüber und Punkt 21 Uhr war der Zug an der Grenze Wartha.

Ein kleiner Bahnhof, der heute ein wichtiger Punkt im West-Ost-Verkehr geworden ist. (Wie lange noch?) Als der Zug hielt, eilte alles in gespannter Erwartung an die Fenster. Links am Berg zog die Fahrbahn hin und dort stand der Schlagbaum, dahinter ein Triumphbogen mit der Inschrift: „Die Deutsche Demokratische Republik grüßt die Messebesucher aus dem Westen“, darüber ein weithin leuchtender Sowjetstern. Ein Lautsprecher ertönte und begrüßte die Reisenden mit der Aufforderung, im Wagen zu bleiben, die Abfertigung würde in den Abteilen erfolgen.

Ungefähr 20 Beamte der Grenzbefestigung bestiegen den Zug, darunter auch die ersten Volkspolizisten. Höflich wurden die Messeausweise und Kennkarten verlangt und sofort abgestempelt. An jeden der Mitreisenden wurde die Frage gestellt, ob er Ostgeld bei sich trage, und jeder auf die verbotene Einfuhr aufmerksam gemacht.

Die mitgeführten Beträge an Westgeld wurden im Ausweis eingetragen und blieben im Besitz des Messebesuchers, um sie bei jeder amtlichen Stelle zum Kurs von 1:1 umzutauschen. Die Polizei machte dann Stichproben nach Ostgeld, und die auf der Hinfahrt so ungedulden Umtauscher fanden sich mit verdutzten Gesichtern zu einem großen Teil im Untersuchungsraum wieder.

Dann ging es wieder weiter in das Land der DDR. Überall grüßten Schilder: „Auf zum Deutschlandtreffen nach Berlin. Wir schaffen die Einheit Deutschland!“ Die Bahnhöfe Eisenach, Erfurt und Wittenberg waren geschmückt mit den Bildern Stalins und Lenins, daneben die Farben der DDR, Schwarz-Rot-Gold, und die roten Fahnen der Arbeiterklasse. Aufrufe zum 40. Internationalen Frauentag wechselten mit Aufrufen zum Jugendtreffen.

Punkt 12.22 Uhr rollte der Zug in den festlich geschmückten Hauptbahnhof in Leipzig ein. Musik und Sprecher der FDJ empfing uns mit einem Willkommengruß der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig war erreicht!

Ein großer Raum mit den Abteilungen der Industrieverbände nahm uns auf. Im Handumdrehen waren die Formalitäten erfüllt, Quartierzettel, Tagesgeld und Lebensmittellisten an uns ausgehändigt. Dann nahm uns das Leben der Messestadt auf. Der Bahnhof mit seiner einmaligen Größe war auf der Stirnseite mit riesigen Bildern des Staatspräsidenten Pieck und des Ministerpräsidenten Grotewohl geschmückt. Große Transparente, die den Aufbau der Stadt in vergleichenden Bildern zeigten, zierte die Hauptstraße. Ein ungewöhnlicher Anblick: Weibliche Verkehrspolizei regelt den Straßenverkehr zum Staunen aller Messebesucher; die Gleichberechtigung der Frau zeigt sich auch im Straßenbild. Eilig ging es in die Quartiere, sollte doch noch am selben Tag die Ausstellung besucht werden. (Wird fortgesetzt)

„Monika“ im Kaisergarten Mannheim. Das Theater des Volkes bringt am 18. März, 20 Uhr, im Kaisergarten, (Neckarstadt) Zehntstraße, die Schwarzwaldooperette „Monika“ von Nico Dostal. Eintrittskarten sind zu ermäßigten Preisen bei den Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse zu haben.

Er will seine Inhaftierung erzwingen Mannheim. Wie bereits berichtet, warf am Sonntag früh ein Arbeiter in der Innenstadt das Schaufenster einer Eisenwarenhandlung ein, aber nicht aus Diebstahlsabsichten, sondern um eingesperrt zu werden. Da keinerlei Handhabe zur Erfüllung seines Wunsches gegeben war, wurde er wieder freigelassen. Mit dieser Maßnahme war er aber nicht einverstanden. Schon 2 Tage später stahl er vor dem Hause O 7, 1 ein auf der Straße stehendes Fahrrad, um sich anschließend erneut als Dieb bei der Polizei zu melden. Man wird nicht umhin können, den Mann für einige Tage etwas näher zu beobachten, da er bei

einer erneuten Freilassung mit weiteren Attraktionen aufwarten will, um seine Inhaftierung zu erzwingen.

Hauptverhandlung gegen die Posträuber Mannheim. Zur Verhandlung gegen die Posträuber am 16. und 17. März 1950, werden Eintrittskarten für den Sitzungssaal ausgegeben.

Diese sind erhältlich am Mittwoch, den 15. März 1950, zwischen 13.30 und 16.30 Uhr, Zimmer 26 des Landgerichtsgebäudes in Mannheim, E 4, 13/17, 2. Stock.

Die Verhandlung wird ferner durch Lautsprecher in den Börsensaal, E 4, 13 (Erdgeschoß) übertragen.

Zugang zum Sitzungssaal (2. Stock) ohne Eintrittskarten unmöglich. Der Landgerichtspräsident

NATIONAL-THEATER MANNHEIM

Spielplan vom 19. bis 27. März 1950

- So., 19. März nachm. zu ermäßigten Preisen. „Die Fledermaus“, Operette v. Joh. Strauß. Anfang 14 Uhr, Ende etwa 17 Uhr.
So., 19. März abds. auß. Miete. „Rigoletto“, Oper von Giuseppe Verdi. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.
Mo., 20. März ohne Kartenverkauf. „Hoffmanns Erzählungen“, Phantastische Oper von J. Offenbach. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.
Di., 21. März Miete N Nr. 10 u. freier Verk. In neuer Inszenierung: „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel in 1 Aufz. von Hch. v. Kleist; hierauf zum 1. Male: „Der grüne Kakadu“, Grotteske in 1 Akt von Arthur Schnitzler. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.
Mi., 22. März Miete M Nr. 10 u. freier Verk. „Geisterkomödie“ von Noel Coward. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.
Do., 23. März Premier.-Miete Nr. 12 u. freier Verkauf. In neuer Inszenierung: „Der Freischütz“, Romantische Oper in drei Aufzügen von Carl Maria von Weber. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.
Fr., 24. März Miete K Nr. 11 u. freier Verk. „Der zerbrochene Krug“, Lustspiel in 1 Aufz. von Hch. v. Kleist; hierauf: „Der grüne Kakadu“, Grotteske in 1 Akt von Arthur Schnitzler. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.
Sa., 25. März nachm. ohne Kartenverkauf. Für den Jugendausschuß Mannheim: „Die Fledermaus“, Operette v. Joh. Strauß. Anfang 14 Uhr, Ende etwa 17 Uhr.
Sa., 25. März abds. Miete E Nr. 10 u. fr. Vk. „Rigoletto“, Oper von Giuseppe Verdi. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.
So., 26. März Eintrittspreise 0,50—3 DM. 10. Morgenveranstaltung: Tanz-Matinee. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12.30 Uhr.
So., 26. März abends außer Miete. Einmaliges Gastspiel von Walter Rosvaenge als „Rudolf“ in „Die Bohème“, Oper von G. Puccini. Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.15 Uhr.
Mo., 27. März Miete O Nr. 10 u. freier Verk. „Der Freischütz“, Romantische Oper in drei Aufzügen von Carl Maria von Weber. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Druck-sachen aller Art liefert rasch u. preiswert. Rhein-Druck GmbH. MANNHEIM S 3, 10

Ein Sonderposten! Herren-Unterhosen 1.45. Neugebauer MANNHEIM-AM-DEN-PLANKEN. Neue und wenig gespielte Klaviere. Musikhaus Arnold, G 4, 13. Philipp Müller Schubmachermeister. Mannheim, 16. März 1950 Gärtnerei 11.



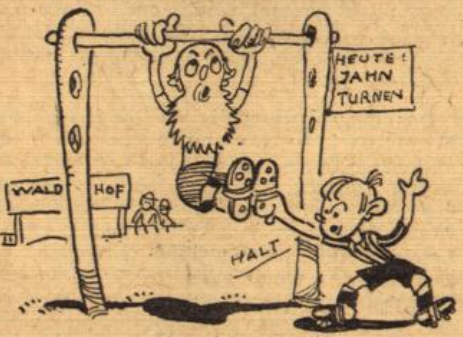
Einen hat's erwischt!

Liebe Tipfreunde!

Wer beim letzten Male die Finger vom Toto gelassen hat in der weisen Erkenntnis, daß bei Lokaltreffen der Grundsatz gilt: „Denn erstens kommt es anders...“ der konnte die Sensationen am Sonntag mit Gelassenheit hinnehmen. Nur einer wird aus dem Häuschen geraten sein, als er feststellte, daß er einen Zwölfer hatte. Dabei wird er zu der Zeit noch gar nicht gewußt haben, daß er der einzige war, den es diesmal erwischt hatte. Um 8 Sensationen unter 12 Spielen richtig zu tippen, da gehört wirklich schon mehr Glück wie Fußballverständnis.

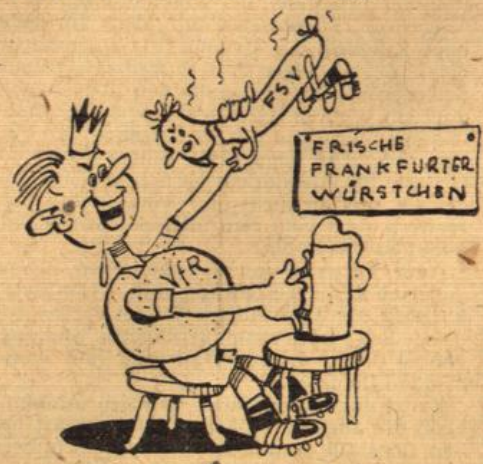
Am kommenden Wochenende wird es aber mindestens ebensoviel Glücksache beim Tippen sein, denn nur wenige Tips bewegen sich in den bekannten Oberliga-Gefilden und wir müssen diesmal wieder auf dem weiten Gebiet von der Nordsee bis zum Bodensee unser Heil versuchen. Zuerst kommt das Pokalspiel. Bekanntlich haben Pokale es „in sich“ und diesmal trifft es ganz besonders zu. Die Pfälzer haben soeben in der Spielsystemfrage einen bitteren Tropfen schlucken müssen und sie werden ihren bayrischen Protektoren schon zeigen, was ne Harke ist. Wenn es keine Zwischenfälle und keine Ausfälle gibt, wird der Pokal über den Rhein wandern und die Pfälzer werden auch schon bei Halbzeit den Pott auf ihrer Seite haben.

Die Waldhof-Buben empfangen den Vater „Jahn“ aus Regensburg, der ihnen einige Klimmzüge am Reck vormachen wird. Als Leichtgewichte werden es die Waldhöfer aber noch besser können und sie müßten sogar recht viele Klimmzüge mehr machen wegen ihrem notleidenden Torverhältnis.



Der Duisburger Spielverein hat dem köchlichen Jong schon im Schatten des Domes etwas vorgemacht und er wird nun dem 1. FCK (nicht zu verwechseln mit Kaiserslautern) erst recht zeigen, was in Duisburg gespielt wird. Im Norden gibt es Hamburger Lokaltreffen am laufenden Band und unser württembergischer Toto macht gerne davon Gebrauch. Müßten wir uns

beim letzten Male über Eimsbüttel ärgern, so ist nun Concordia an der Reihe, um den Leuten von der Reeperbahn den Spaß zu verderben. Sie haben es ja schon einmal gekonnt und sogar in St. Pauli selbst. Was wissen wir von Arminia Hannover? Bekannter mutet uns da schon Holstein Kiel an, denn sie waren einmal deutscher Meister. Das ist schon lange her, aber sie tragen immer noch die roten Strümpfe und fliegen daher als „Störche“ durch die norddeutsche Oberliga. Manchmal sind sie recht flügelarm und es wird ihnen auch kaum gelingen, den Arminen in Hannover etwas aus ihrem Punkteich zu fischen.



Nach Süden lenken wir nun wieder unser Blick und: „Ei, ei, wer kommt denn da?“ Es ist der deutsche Meister von den Mannheimer Brauereien und zieht mit großem Gefolge zum Wochenende nach Frankfurt bei Bornheim, um dort zu zeigen.

daß ein Stein von dem Mannheimer Brauerei-Märzenbock doch viel kräftiger ist als so ein Frankfurter Äppelwoi. Aber ein Paar Frankfurter Würstchen gehören auch dazu und da wird der Bornheimer Gastwirt aber „Feierabend“ gebieten, denn wer soll das bezahlen?

Der Eintracht-Verein aus Singen wird sein Ständchen für die Seehasen in Friedrichshafen nicht umsonst bringen wollen. Die Reise an den Bodensee muß sich bezahlt machen und das wird sie denn wohl auch. In Rastatt werden die Leute aus der Universitätsstadt Tübingen eine scharfe Klinge schlagen und da ihnen ein hoher Preis winkt, werden die Rastatter um eine abermalige Abfuhr wohl kaum herumkommen.

Steigen wir nun hinab in die Landesliga — wir können es ruhig wagen, da wir ja nachher nicht um den Wiederaufstieg zu kämpfen brauchen — und zerbrechen wir uns den Kopf über Rohrbach und Feudenheim. Beide haben sich am letzten Wochenende nicht gerade mit Ruhm bekleckert und wir könnten uns am besten an die Null halten — wenn nicht in Rohrbach eine dicke Revanche fällig wäre. Auch in Stuttgart haben die Sportfreunde eine 1-5-Schlappe bei Untertürkheim gutzumachen, aber das wird kaum gelingen, da die Untertürken sich bisher in den Lokaltreffen gut geschlagen haben. Der Stuttgarter Sportclub hat auch eine 5-2-Rechnung mit seinem Gast aus Böckingen zu begleichen, aber es wird wohl nur zu einer Abschlagszahlung von 50 Prozent reichen. Beim Reservetip Eisingen — Um 46 machen wir eine Zwo und bei Neckarau — Durlach nach leichtem Zögern eine Eins.

Quer durch den Sport

Resultate vom Sonntag

Bezirksklasse Mannheim:
Wiesloch — Offersheim 7:1; Altlufheim — Weinheim 1:1; Leimen — Sandhofen 3:2; Eppelheim — Ivesheim 2:2; Rheinau — Neulufheim 2:2; Kirchheim — Hemsbach 0:1; Phoenix — Schwetzingen 1:1.

Kreisklasse A Mannheim:
1846 Mannheim — SV Wallstadt 1:2; Fortuna Heddeshelm — FV Brühl 1:0; SC Käfärfal — 07 Mannheim (Kärfäl nicht angetreten); TSG Plankstadt — FV Ladenburg 5:1; FV 98 Seckenheim — 08 Mannheim 1:2; FV Schriesheim — Kurfplatz Neckarau 3:2; Neckarhausen — FSG Seckenheim 1:4.

Kreisklasse B Mannheim-Süd:
FV Rohrhof — Reichsbahn 2:0; TuS Neckarau — Reilingen 1:4; SG Mannheim — Eintracht Plankstadt 0:6; MSG Mannheim — TSV Rheinau 0:4; SC Neckarstadt — TSG Friedrichsfeld 4:0.

Kreisklasse B Mannheim-Nord:
SC Blumenau — Polizei Mannheim 0:4; Lützelachsen — TSV Viernheim 1:4; ASV Schönau — Einheit Weinheim 6:2; FV Un-

terflockenbach — TG Laudenbach 2:1; Fortuna Edingen — FV Leutershausen 3:2.

Handball-Ergebnisse
Bezirksklasse Mannheim:
Hemsbach — Altlufheim 2:4; SG Mannheim — Hockenheim 5:5; Großsachsen — Reichsbahn 15:3; TSV Viernheim — TV Schriesheim 5:4; Neulufheim — Lampertheim 4:5; 99 Seckenheim — Laudenbach 3:8.

Bezirksklasse Heidelberg:
Kirchheim — Handschuhheim wegen Hagel abgebrochen; Germania Dossenheim — Ziegelhausen 3:3; TV Bammental — Walldorf 5:3; TB Heidelberg — TG Offersheim 6:11; 98 Schwetzingen — Wieblingen 11:6.

Kreisklasse Mannheim:
SC Kärfäl — Polizei 6:3; Reilingen — Ivesheim — 4:8; Hohensachsen — 09 Weinheim 5:5.

Kreisklasse B Mannheim:
MSG — Germania 3:8; Ladenburg — Einheit Weinheim 10:8; Oberflockenbach — TSV Neckarau 7:7; Sandhofen — Feudenheim 11:4; SG Rheinau — TV Neckarhausen 7:10; TSV Rheinau — ATB Heddeshelm 6:8.

Achtung! Wochenend-Kursus

für Parteifunktionäre
Am Samstag/Sonntag (18./19. März 1950) im Lokal „Schützephof“, S 3, 11.

Themen:
1. Grundfragen unserer ideologischen Arbeit.
2. Was lehrt uns die Geschichte der KPdSU

Beginn: Samstag, 17.00 Uhr
Ende: Sonntag, 9.00 Uhr

Die Leitungen der Orts- und Betriebsgruppen melden ihre Teilnehmer sofort dem Kreisvorstand.

Für die Genossen aus dem Landkreis sind Quartiere vorhanden.

KPD-Kreisvorstand, Mannheim

Eblingen: Walcott — ten Hoff ein zu großes Risiko

Die Stadt Eblingen hat zu den Meldungen über einen Vertragsabschluß zwischen Walcott und ten Hoff eine amtliche Erklärung herausgegeben, in der betont wird, daß es die Stadt Eblingen von Anfang an nicht als ihre Aufgabe angesehen habe, einen Boxkampf zwischen Walcott und ten Hoff um jeden Preis durchzuführen. Die Gründe für die Aufnahme von Verhandlungen mit Schuble und später mit Göttert seien in dem Bestreben geführt worden, durch diesen Boxkampf für die Stadt Eblingen zu werben, zum andern sollte ein Ueberschuß für die württembergische und die Eblingen Jugendarbeit und für das geplante Freibad erzielt werden. Die Bedingungen für einen Kampfabshluß seien jedoch so gewesen, daß nicht nur ein finanzieller Ueberschuß in Frage gestellt gewesen wäre, sondern darüber hinaus ein Kampfabshluß ein erhebliches Risiko für die Stadt Eblingen bedeutete hätte. Eine Erhöhung des von der Stadt Eblingen unterbreiteten Angebotes sei nicht mehr vertretbar gewesen.

SG Kirchheim — 84 Mannheim 10:6
Im Kampf um die badische Boxmeisterschaft siegte die SG Kirchheim mit 10:6 Punkten über KSV Mannheim 84. Den besten Kampf lieferten sich im Federgewicht Roth (Kirchheim) und Honnegger. Roth siegte in der dritten Runde durch KO. Honnegger wurde stehend ausgezählt. Die weiteren Kämpfe: Fliegengewicht: Glock (K) verliert n. P. gegen Basel; Bantam: Schneider (K) Punktsieger über Hirschrich. Leicht: Sachse (K) ko.-Sieger in der dritten Runde über Stamm. Welter: Huckle (K) verliert n. P. gegen Skade. Mittel: Müller (K) Punktsieger in der zweiten Runde über Hauser Halbschwer: Gierl (K) Punktsieger über Mandel. Schwer: Geisel (K) unterliegt n. P. gegen Pfirrmann.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe
Studentengruppe Karlsruhe, Schulungsabend am Donnerstag, 16. März, 20 Uhr, im Parteibüro. Referent: W. Waserthal. Thema: „Ideologie und Politik des Marxismus-Leninismus“.

Betriebsgruppe Industriewerke Karlsruhe
Freitag, 17. 3. 50, um 18.30 Uhr, in der „Stadt Baden“. Referent: F. Heid.

Veranstaltungen der KPD, Kreis Mannheim
Luzenberg, Freitag, 17. März, 19.30 Uhr Luzenbergschule Funktionärsitzung.

Nachruf

Am 4. März 1950, starb unerwartet im 70. Lebensjahr unser Genosse Adolf Naumann Kärfäl, Reierstraße 54. — Die Ortsgruppe Kärfäl gab unserem treuen Genossen auf seinem letzten Gang ein würdiges Geleit. Sie wird das Andenken dieses Mitkämpfers in Ehren halten.

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Kärfäl

Karlsruhe

RADIO

Gelegenheitskäufe!

Gebrauchte Apparate in einwandfreiem Zustande
Telefunken-Super . . . DM 95.—
Saba, 4 Röhren . . . DM 98.—
Emsa, 3 Wellenbereiche DM 90.—
Kleinsper DM 95.—
D.K.E. DM 35.—
Plattenspieler, neu . . . DM 110.—

Einmalige Gelegenheit!

nur noch einige Apparate

Lorenz 6 Kreis-Super DM 185.-

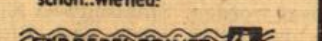
Stets Gelegenheitskäufe.

PIASECKI

Schützenstraße 17, b. Eilfinger Straße



Bei PRINTZ gereinigt: schön, wie neu!



Annahmestellen an allen größeren Plätzen

DAS RUNDFUNK-PROGRAMM DER WOCHE

DEUTSCHLANDSENDER						
191 kHz	DEUTSCHLANDSENDER					1571 m
Donnerstag, 16. März	Freitag, 17. März	Samstag, 18. März	Sonntag, 19. März	Montag, 20. März	Dienstag, 21. März	Mittwoch, 22. März
8.00 Nachrichten 12.50 Für die arbeitende Jugend 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch 14.15 Die deutsche Wirtschaft 14.25 Kammermusik 15.00 Kinderfunk 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland 16.00 Deutsche Presseschau 17.00 Nachrichten aus all. Ländern 17.10 Westdeutscher Frauenfunk 17.25 Landfunk 17.35 Hörer sagen — Hörer fragen 17.50 Deutsche Außenpolitik 18.00 Lieder und Tänze aus der Sowjetunion 18.25 Kulturfragen der Zeit 18.40 Aus Deutschland rechts d. Elbe 19.03 Nachr. u. Tageskommentar 19.20 Meisterwerkabend 20.35 Soeben erschienen 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 Für die Jugend 22.00 Nachr. u. Tageskommentar 22.20 Aus deutschen Ländern 22.30 Alte und neue Arbeiterlieder 22.45 Für den Arbeiterfunktionär	8.00 Nachrichten 12.50 Landfunk 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch 14.15 Jugenderziehung in Deutschland 15.00 Kinderfunk 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland 15.25 Heitere Klänge z. Unterhaltg. 16.00 Deutsche Presseschau 16.30 Paula Matuschke, Reinemacherei im Weißen Haus d. westdeutschen Hauptideinstadt Bonn erzählt 17.00 Nachrichten aus all. Ländern 17.10 Die literarische Umschau 17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage 17.35 Sendung für Flüchtlinge 17.50 Aus westlichen Ländern 18.40 Die Wahrheit über Amerika 19.03 Nachr. u. Tageskommentar 19.20 Mein kleines Glück ist die Musik 20.30 Scherz und Satire 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 Aus der Sowjetunion 22.00 Nachr. u. Tageskommentar	8.00 Nachrichten 12.50 Nachrichten 11.30 Musik für die Hausfrau 12.00 Der Deutschlandreporter 12.10 Musik zur Mittagspause 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch 14.00 Aus dem deutsch. Kulturleben 14.15 Konzert 15.00 Nachrichten aus all. Ländern 15.20 Spielmusik mit dem Orchester der Jungen Welt 15.40 Achtung! Deutschlandsender bitte melden 16.00 Teekonzert 16.30 Haben Sie auch die Wochen-schau gesehen? 17.00 Nachrichten aus all. Ländern 17.10 Scherz und Satire 17.30 Lieblinge vor dem Mikrofon 18.20 Sologuartett d. Berl. Rundf. 18.30 Ein Sechstel der Erde 19.03 Nachr. u. Tageskommentar 19.20 Szenen aus Ripoleto 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 10 Minuten Musik 21.45 Sportecho 22.00 Nachr. u. Tageskommentar 22.20 Der Deutschland-Expres	8.00 Nachrichten 8.15 Katholische Morgenfeier 9.00 Aus deutschen Ländern 9.15 Musik und Dichtung 11.15 Landfunk 12.00 Sonntagskommentar 12.30 Mittagkonzert 13.00 Nachrichten 13.15 Aus der Sowjetunion 13.25 Gute Melodien 14.20 Schöne Stimmen 15.00 Die Sonntagskinder 15.30 Aus deutschen Zeitschriften 16.30 Moderne Unterhaltungsmusik 16.30 Zu Tee und Tanz 17.30 Vom Aufbau einer Woche in Deutschland 17.35 Bunter Nachmittag 18.40 Die Wahrheit über Amerika 19.03 Nachrichten 19.20 Sinfonisches Konzert 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 Sportecho des Sonntags 22.00 Nachrichten 22.10 Sonntagskommentar 22.40 Welt im Funk 23.30 Adalbert Lutter spielt 23.50 Lyrik der Gegenwart	8.00 Nachrichten 11.10 Musik für die Hausfrau 12.50 Funkecho der Wirtschaft 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch 14.15 Probleme d. Volksgesundheit in Deutschland 14.20 Kinderfunk 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland 15.25 Unterhaltungsmusik 16.00 Deutsche Presseschau 16.30 Treffpunkt Zonen-grenze 17.00 Nachrichten aus all. Ländern 17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage 17.35 Jugendfunk 17.50 Deutsche Außenpolitik 18.30 Kulturfragen der Zeit 18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe 19.03 Nachr. u. Tageskommentar 19.20 Was viele sich wünschen — für jeden etwas 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 Aus der Arbeiterbewegung 21.45 Sportecho 22.00 Nachr. u. Tageskommentar	8.00 Nachrichten 11.10 Musik für die Hausfrau 12.00 Aktuelles: Mikrofon einblenden 12.50 Nachrichten 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch 14.15 Ueber den deutschen Außenhandel 14.25 Kammermusik 15.00 Kinderfunk 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland 16.00 Deutsche Presseschau 16.30 Frau Weralde aus Berlin 17.00 Nachrichten aus all. Ländern 17.10 Studentisches Forum 17.25 Lumpenpack und Pöbel 17.35 Arbeitersendung 17.50 Von der Volksdemokratie 18.40 Aus Deutschl. rechts d. Elbe 19.03 Nachr. u. Tageskommentar 19.20 Hörspiel 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 Aus der Sowjetunion 22.00 Nachr. u. Tageskommentar 22.15 Vom deutschen Theater	8.00 Nachrichten 11.10 Musik für die Hausfrau 12.00 Aktuelles, Mikrof. einblenden 13.00 Nachrichten 13.15 Musik zu Tisch 14.15 Arbeitsschutz u. Arbeitsrecht 15.00 Kinderfunk 15.20 Nachrichten für Arbeitslose, Sozialrentner und Flüchtlinge in Westdeutschland 16.00 Deutsche Presseschau 17.00 Nachrichten aus all. Ländern 17.10 PÖL den Lehrer in Deutschland — Pädagogische Fragen 17.25 Achtung! Lumpenpack und Pöbel. Das Neueste von der Demontage 17.30 Der Blick in die Weltpresse 17.45 Aus der Sowjetunion 18.30 Kulturfragen der Zeit 18.40 Die Wahrheit über Amerika 19.03 Nachr. u. Tageskommentar 19.10 Orchesterkonzert 20.25 Musik aus Tonfilmen 21.00 Wir sprechen f. Westdeutschl. 21.35 Landfunk für Westdeutschland 22.00 Nachr. u. Tageskommentar 22.20 Das Meisterwerk
RADIO LEIPZIG						
785 kHz	RADIO LEIPZIG					382,2 m
7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Brot für alle hat die Erde 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.15 Landfunk 12.25 Musik zum Mittag 12.50 Aktuelles aus der Wirtschaft 13.50 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk: Hasen im Flugzeug 15.00 Kammermusik 15.30 Ein Pionier erzählt 16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 19.30 Nachrichten. Kommentar 20.30 Helmsendung aus Löbau 21.00 Jugendfunk: Steine im Getriebe, Hörspiel um die Arbeit der Volkspolizei 21.30 Kammermusik, J. S. Bach 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Es war vor zwei Milliardern Jahren (Entstehung der Erde) 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.25 Musik zum Mittag 14.00 Chormusik 14.45 Pädagogisches Forum 15.00 Unser Kinderfunkbriefkasten 15.20 Szenen aus Ripoleto 15.40 Jugendfunk: In ganz Deutschland f. Berlin 16.00 Bunter Melodienreigen 17.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 19.30 Nachrichten 20.30 Die Wahrheit über Amerika 21.00 Nachrichten. Kommentar 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland 22.45 Kammermusik 23.00 Neue schwedische Literatur	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Sendung über Trüppern 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.25 Musik zum Mittag 14.00 Chormusik 14.45 Pädagogisches Forum 15.00 Unser Kinderfunkbriefkasten 15.20 Szenen aus Ripoleto 15.40 Jugendfunk: In ganz Deutschland f. Berlin 16.00 Bunter Melodienreigen 17.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 19.30 Nachrichten 20.30 Sender Leipzig ladet ein zu Tanz, Musik u. Fröhlichkeit 21.00 Sport 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland 22.45 Tanzorchester	7.00 Nachrichten 8.15 Singende Jugend grüßt den Sonntag 9.00 Lyrik unserer Zeit 9.40 Musik zum Sonntagvormittag 11.30 Bach-Kantate 13.15 „Schöne Melodien“. Rossini, Elzet 14.30 Jugendfunk 15.00 Sonntagskinder 16.00 Wir tanzen! 17.00 Leipziger buntes Filmmagazin 17.40 Das Zeitgeschehen, vom Funk gesehen 18.40 Die Wahrheit über Amerika 19.00 Beethoven, Frühlingssonate 19.30 Nachrichten 19.45 Großes Opernkonzert 21.35 „Brücken der Freundschaft“, deutsche u. sowjetische Dichter im Kampf um d. Frieden 21.45 Sport 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland 22.45 Wir bitten zum Tanz	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Timur und sein Trupp 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.00 Nachrichten 11.10 Zeitungsschau 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.15 Landfunk 12.25 Musik zum Mittag 12.50 Musik nach Tisch 14.45 Das politische Gedicht 15.00 Kammermusik 15.20 Junge Funkgruppe 15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 19.30 Nachrichten. Kommentar 19.50 Sport 20.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland 20.30 Musik zum Frühlingsanfang, aus den „Vier Jahreszeiten“ v. Tschaiowsky 22.15 Weltliche Bachkantate	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Literarische Formen, die Glosse 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.00 Nachrichten 11.10 Zeitungsschau 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.15 Landfunk 12.25 Musik zum Mittag 12.50 Musik nach Tisch 14.30 Schulfunk: Joh. Seb. Bachs Schaffen 15.00 Kammermusik mit Werken von J. S. Bach anlässlich seines heutigen 265. Geburtstag 15.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 16.30 Nachrichten, Kommentar 16.50 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 18.30 Nachrichten, Kommentar 20.00 Sinfoniekonzert 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland	7.00 Nachrichten 8.05 Schulfunk: Verdammte dieser Erde 9.00 Nachrichten 9.15 Kunterbunt am Vormittag 11.00 Nachrichten 11.20 Musik 12.00 Nachrichten 12.25 Musik zum Mittag 13.50 Musik nach Tisch 15.00 Konzertstunde 15.30 Junge Funkgruppe 15.50 Nachmittagskonzert 16.30 Das Zeitgeschehen vom Funk gesehen 18.40 Die Wahrheit über Amerika 19.30 Nachrichten. Kommentar 20.00 Hörspiel: Der Urfaust, von Goethe 21.30 Schlußaus der Faust-sinfonie von Liszt 22.00 Nachrichten, Sendung für Westdeutschland 22.45 Nachtkonzert: Bachmusik
SÜDWESTFUNK						
827,4 kHz	SÜDWESTFUNK					362,6 m
12.20 Mittagkonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.15 Johann Sebastian Bach, zum 296. Todestag 20.00 Ein Tanzabend im SWF 22.30 Die großen Meister	12.20 Mittagkonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.30 Klaviermusik 17.15 Ihre Lieblingsschlager 18.30 Musik zum Feierabend 20.00 Kammermusik	12.20 Mittagkonzert 13.15 Musik nach Tisch 14.30 Frohes Wochenende 16.00 Unser Samstag-Nachmittag 20.00 Wir erfüllen Hörerwünsche 22.30 Der SWF bittet zum Tanz	9.15 Das Unvergängliche 11.00 Musik zum Sonntag 15.30 Jedem das Seine 18.15 Die Sportreportage 20.00 Sinfoniekonzert 22.15 Sportmeldungen	12.20 Mittagkonzert 15.30 Musik am Nachmittag 20.00 „Die Entführung aus dem Serail“, W. A. Mozart 22.30 Johann Sebastian Bach	12.20 Mittagkonzert 13.15 Musik nach Tisch 16.30 Sang und Klang im Volkston 20.00 Kleines Konzert am Frühlingsanfang 22.30 Musik der Welt	12.20 Mittagkonzert 13.15 Musik nach Tisch 15.30 Musikalische Teestunde 17.15 Sinfoniekonzert, Beethoven 20.00 Scheinwerfer auf! 21.00 Das Prisma. Konzert
RADIO STUTTGART						
574 kHz	RADIO STUTTGART					523 m
12.05 Musik am Mittag 13.10 Musik nach Tisch 16.00 Nachmittagskonzert 17.05 Hausmusik 18.30 Serenaden und Ständchen 20.00 Eins nach dem andern, bunte Melodienfolge 22.30 Traummelodie	12.05 Musik am Mittag 13.10 Musik nach Tisch 16.00 Nachmittagskonzert 17.00 Froh und heiter 20.30 Sinfoniekonzert, u. a. Beethoven 22.45 Meersburger Elegie 23.15 Nachtmusik	12.05 Musik am Mittag 13.15 Musik nach Tisch 16.00 Melodie und Rhythmus zum Wochenende 18.30 Kleines Konzert am Samstagabend 20.00 Kabarett, gestern und heute 22.00 Die schöne Stimme 22.30 Erst kommt der rechte Fuß ..	11.30 Das Meisterwerk: Mozart-Symphonie 12.05 Musik am Mittag 14.30 Kasperle 15.00 Endspiel um d. Bundespokal 19.30 Sport am Sonntag 20.05 Peter Tschaikowsky, Klavierkonzert b-moll 21.00 Benjamin Gigli singt	12.05 Musik am Mittag 13.10 Musik nach Tisch 16.00 Nachmittagskonzert 17.00 Konzertstunde, Schumann 18.15 Opernmelodien 19.30 Sport durch den Sport 20.00 Fröhlich fängt die Woche an	12.05 Musik am Mittag 13.10 Musik nach Tisch 16.00 Nachmittagskonzert 17.15 Kleines Konzert 20.00 Johann Sebastian Bach, zu seinem Geburtstag 22.00 „Frühling, Frühling überall!“ 23.00 Die Rundfunkkapelle	12.05 Musik am Mittag 13.10 Musik nach Tisch 14.50 Zur Unterhaltung 16.15 Konzertstunde (Rich. Strauß) 18.15 Musik am Feierabend 20.00 Die Spieldeu, Schauspiel v. Georg Kaiser 21.00 Abendmusik, Schubert, Dvorak

Mit der Nationalen Front um Frieden, Einheit und Unabhängigkeit

Rede des Genossen Max Reimann auf der 15. Parteivorstandssitzung am 6./7. März 1950 in Düsseldorf

Auf der 14. Parteivorstandstagung haben wir gesagt, daß diese Tagung für unsere Partei von besonderer Bedeutung, ja von geschichtlicher Bedeutung in der Entwicklung der KPD ist. Die verhältnismäßig kurze Zeit, die zwischen diesen beiden Vorstandstagungen liegt, hat die Richtigkeit dieser Feststellung bereits unterstrichen. Es zeigt sich, daß die 14. Parteivorstandstagung tatsächlich ein Markstein in der Entwicklung unserer Partei ist. Durch die Diskussion der Resolution über „die ideologisch-politische Festigung der Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus“ beginnt unsere Partei, ideologisch klarer zu werden, wodurch die Parteieinheiten auch ihre Arbeit zu aktivieren beginnen.

Wenn wir die politischen Ereignisse nach der Novembertagung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien und nach unserer 14. Parteivorstandstagung betrachten, so stellen wir fest, daß die dort getroffene Einschätzung der politischen Lage ihre Bestätigung gefunden hat. In der Resolution der Novembertagung des Informationsbüros „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber“ heißt es unter anderem:

„Die demokratischen Kräfte des Friedens wachsen unvergleichlich schneller als die dunklen Mächte der Kriegstreiber. Das Kräfteverhältnis in der internationalen Arena hat sich von Grund auf geändert und es ändert sich weiter zugunsten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.“

Der Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik und der Volksrepublik China hat das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus wesentlich gestärkt. Jede Spekulation der anglo-amerikanischen Imperialisten, die darauf ausging, zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China einen Keil zu treiben, ist damit zerschlagen. Dieser Vertrag zeigt allen Völkern, daß Abkommen zwischen Ländern, in denen das Volk bestimmt, auf der Basis der Gleichberechtigung und der Achtung der gegenseitigen Interessen abgeschlossen werden. Der Vertrag hat darum auch eine große moralische Bedeutung, weil er die unterdrückten Völker Asiens zeigt, daß die Sowjetunion Vorkämpfer für die Gleichberechtigung und für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ist. Auch die Anerkennung der Regierung Vietnams — der Regierung Ho Chi Mins — durch die Sowjetunion, durch China und durch die Länder der Volksdemokratien zeigt die Stärkung des Friedenslagers in der Welt. Der Kampf der Kolonialvölker um ihre Befreiung hat durch den Sieg des chinesischen Volkes einen mächtigen Auftrieb erhalten.

Stärkung der Friedenskräfte in Europa

Auch hier in Europa zeigen die Kämpfe der französischen und italienischen Werktätigen, zeigt die Weigerung der Hafenarbeiter, amerikanisches Kriegsmaterial zu entladen und Schiffe mit Kriegsmaterial nach Indochina abzufertigen, die Stärkung der Friedenskräfte. Auf der anderen Seite ist der Streik der Bergarbeiter in den USA ein Ausdruck der Schwächung des imperialistischen Lagers. Wie auch in den Erinnerungen der Völker die Erlebnisse des zweiten Weltkrieges sind und wie groß der Friedenswille der Völker ist, beweist die Tatsache, daß Chur-

Die Entwicklung in Westdeutschland

Nicht nur die weltweite Situation, sondern auch die Entwicklung in Westdeutschland bestätigt die Richtigkeit der Analyse, die in den Resolutionen des Informationsbüros und in unserer Resolution der 14. Parteivorstandstagung gegeben worden ist. In der bereits zitierten Resolution des Informationsbüros heißt es:

„Die Politik zur Vorbereitung eines neuen Krieges bedeutet für die Volksmassen der kapitalistischen Länder ein ständiges Anwachsen der unerträglichen Steuerlast, ein Anwachsen des Elends der werktätigen Massen und daneben märchenhaft wachsende Ueberschüsse der Monopole, die sich am Weltrüben bereichern wollen. Die heranreifende Wirtschaftskrise bringt den Werktätigen der kapitalistischen Länder noch größere Verelendung, Arbeitslosigkeit und Hunger sowie Angst vor dem morgigen Tag. Die Politik der Vorbereitung eines neuen Krieges hängt gleichzeitig zusammen mit ständigen Anschlägen der regierenden imperialistischen Kreise auf die elementaren Lebensrechte und die demokratischen Freiheiten der Volksmassen, mit verstärkter Reaktion auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Lebens, mit der Anwendung faschistischer Terrormethoden gegen die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte der Völker.“

In Westdeutschland wächst die Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftspolitik des Adenauerkabinetts, die nach den Wünschen der Hohen Kommissare durchgeführt wird. Arbeitslosigkeit in einer gewissen Höhe entspricht durchaus den Wünschen der anglo-amerikanischen und deutschen Imperialisten. Eine solche Arbeitslosigkeit ist in ihren Augen

Ist die Drosselung des Konsums ein Ausweg?

Each allen ist das Wirtschaftsmemorandum der Hohen Kommissare zur Politik der Adenauer-Regierung bekannt. Die Hohen Kommissare machen in diesem der Adenauer-Regierung den Vorwurf, daß dieselbe dem Arbeitslosenproblem hilflos gegenübersteht und jede Kontrolle über das Wachsen der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland verloren hat. Daher schlagen sie dem Chef der Protektorsverwaltung, Dr. Adenauer, vor, Mittel zur Arbeitsbeschaffung und zu Neuinvestitionen durch die Beschränkung der Kaufkraft der werktätigen Massen und durch Zwangssparen aufzubringen. Das bedeutet eine weitere Senkung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung! Auf diese Weise wird Schritt für Schritt die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung in Westdeutschland auf ein koloniales Niveau herabgedrückt.

chill — der schlimmste Kriegstreiber nach dem zweiten Weltkrieg — die Friedensliebe und den Willen zur Freundschaft des englischen Volkes mit der Sowjetunion in einem Wahlmanöver auszunutzen wollte, ebenso wie es Truman in den USA gemacht hat.

Die Aulbauerfolge der Sowjetunion

Ein wesentlicher Faktor der Stärkung des Friedenslagers sind die Aulbauerfolge der Sowjetunion beim Uebergang zum Kommunismus. Während in allen kapitalistischen Ländern, selbst in den USA, die nicht im Kriege gelitten haben, der Lebensstandard der werktätigen Massen sich verschlechtert und infolgedessen große Streiks und soziale Kämpfe ausbrechen, hat die Sowjetunion die furchtbaren Verwüstungen des zweiten Weltkrieges überwunden, steigert sie ständig die industrielle und landwirtschaftliche Produktion und verbessert die Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Die Aufwertung des Rubels bei gleichzeitiger Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgüter, wodurch sich die Bevölkerung der Sowjetunion im Jahre 1950 Bedarfsgüter im Werte von 110 Milliarden Rubel mehr kaufen kann, beweist die Ueberlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem Imperialismus. Die Tatsache, daß die Regierung der Sowjetunion seit der Währungsreform im Jahre 1947 jetzt zum dritten Male eine bedeutende Preissenkung — die letzte bis zu 49 % — durchführen konnte, wird, wenn wir dieses in genügendem Maße propagieren, nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerung in Westdeutschland bleiben. Sie wird dazu beitragen, daß die Werktätigen hier und in allen Ländern das große Beispiel der Sowjetunion erkennen und so in ihrem Kampf gegen den Imperialismus bestärkt werden.

Jedoch ist die Gefahr eines neuen Krieges in den letzten Wochen noch gewachsen. Die Reden der verantwortlichen amerikanischen Politiker zeigen, ebenso wie der Kriegshaushaltsplan der USA, daß die Imperialisten, je hoffnungsloser ihre Lage wird, um so intensiver zur Vorbereitung eines neuen Krieges schreiten. Am krassensten wird dieses durch die letzte Rede Trumans bewiesen, in der er ganz offen mit der Anwendung von Waffengewalt drohte. So zeigt sich auch hier die Richtigkeit der Resolution des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegshetze“, in der es heißt:

„Es wäre ein schwerer, ein unverzeihlicher Irrtum, anzunehmen, die Gefahr eines Krieges sei geringer geworden. Je hoffnungsloser die Sache der imperialistischen Reaktion ist, so lehrte die Erfahrung der Geschichte, um so mehr tobte sie, um so mehr wächst die Gefahr von Kriegsabenteuern.“

ein brauchbares Mittel des Lohndrucks und der Senkung des Lebensstandards der werktätigen Massen. Sie begünstigt auch die Durchführung der Remilitarisierungspläne und schafft ein günstiges Betätigungsfeld für die Werber von Söldnern der Fremdenlegion. Auf die Anfrage unserer Bundestagsfraktion hat die Bonner Protektorsverwaltung zugeben müssen, daß täglich ca. 50 junge Deutsche, getrieben durch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, zur Fremdenlegion angeworben werden.

Arbeitslosigkeit - Ausdruck der wachsenden Krise

Genossen! Ich habe vorhin davon gesprochen, daß die in- und ausländischen Monopollen die Arbeitslosigkeit als industrielle Reservearmee in einem gewissen Umfang bewußt herbeigeführt haben. Heute ist aber die Arbeitslosigkeit ihren Urhebern infolge der in Westdeutschland betriebenen Wirtschaftspolitik bereits über die Köpfe gewachsen. Sie ist ein Ausdruck der wachsenden Krise in Westdeutschland. Die Herren Westdeutschlands erkennen, daß aus der wachsenden Arbeitslosigkeit für sie Gefahren entstehen, da diese die Aufwärtsentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, die keine Arbeitslosigkeit kennt, um so schärfer hervortreten läßt. Besorgt schreibt die „Times“ vom 27. Februar 1950:

„Heute hat sich das Blatt gewendet: In Westdeutschland ist das Arbeitslosenproblem noch nicht gelöst, während in Ostdeutschland wenigstens der Anfang einer Besserung zu verspüren ist.“

Wir haben in diesen Tagen bei den Eisenbahnern einen solchen Lohnabbau, der mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerechtfertigt wird, im Abkommen zwischen der Gewerkschaftsführung und der Reichsbahnverwaltung erlebt. Auch das Lohnabkommen der Bergarbeiter, das eine neunprozentige Lohnerhöhung garantiert, wurde nicht eingehalten, so daß die Lohnerhöhung, die nur eine geringe Entschädigung für die wachsenden Lebenshaltungskosten und für die gesteigerte Arbeitsleistung darstellte, einfach nicht ausgezahlt wurde. Wir sehen zu gleicher Zeit, wie bei den Hafenarbeitern, die ebenfalls wegen der erhöhten Lebenshaltungskosten und gesteigerten Arbeitsleistung Lohnerhöhung fordern, diese Forderungen mit der Begründung der wachsenden Arbeitslosigkeit hintertrieben werden. Es ist

für die rechte Gewerkschaftsführung charakteristisch, daß sie sich dieser Unternehmerargumente bedient und so die Politik der Verelendung der Arbeiterklasse durchführt.

Katastrophale Folgen für Mittelstand und Bauernschaft

Ich habe bisher von den Auswirkungen der Wirtschaftspolitik in Westdeutschland auf die Arbeiterklasse gesprochen. Sie hat jedoch auch für die übrigen werktätigen Schichten, für den Mittelstand und für die Bauernschaft katastrophale Folgen. Die Zahl der Konkurse und Zwangsversteigerungen wächst. Das kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß im Lande Nordrhein-Westfalen die Ausgaben für Gerichtszuwohner von 400 000 DM im Jahre 1949 auf 1 300 000 DM im Jahre 1950 erhöht werden sollen. Ueber die Lage der westdeutschen Landwirtschaft schreibt „Das Handelsblatt“ vom 24. Februar 1950 unter der Überschrift „Agrarpolitisches Dilemma“:

„Als Ergebnis von mehr als 2000 Buchprüfungen muß ... als wahr unterstellt

Die Notwendigkeit der Nationalen Front

Das zeigt, daß die Interessen der Bauern und der Mittelschichten im Kampf gegen das Kolonialjoch in Westdeutschland mit den Interessen der Arbeiterklasse identisch sind. Das zeigt auch, wie richtig und notwendig unsere Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ist. Ein Verzicht auf den Zusammenschluß aller dieser Volksschichten unter der Führung der Arbeiterklasse in der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands käme einem Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse gleich. Darum heißt es in der Resolution der 14. Parteivorstandstagung „Zur ideologisch-politischen Festigung unserer Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus“:

„Gerade der Verzicht auf ein Bündnis mit allen patriotischen Deutschen als Verbündeten im Kampf für die nationale Befreiung unseres Volkes wäre Verrat an der Arbeiterklasse, da solch ein Verzicht zur Isolierung und zur Schwächung der Kräfte führt, die gegen die nationale Unterdrückung, gegen den amerikanischen Imperialismus kämpfen. Der Verzicht auf Verbündete würde den erfolgreichen Kampf überhaupt unmöglich machen und würde das Kolonialjoch in Westdeutschland verewigen. Die marxistisch-leninistische Theorie von der Bündnispolitik der Arbeiterklasse zeigt uns den einzig richtigen Weg für unsere Klasse.“

Welche großen Möglichkeiten für die Entwicklung der Nationalen Front in der Bauernschaft bestehen, zeigt die Tagung zur Vorbereitung einer großen gesamtdeutschen Beratung der Land- und Forstwirtschaft in Schierke vom 18. bis 20. Februar 1950. Obwohl die Einladungen sehr spät ergangen sind und darum eine Reihe Interessenten aus Westdeutschland wegen Paßschwierigkeiten nicht teilnehmen konnten, erschienen 47 Teilnehmer aus Westdeutschland zur Tagung. Von diesen waren nur 13 Mitglieder unserer Partei. Die Teilnehmer aus dem Westen setzten sich zusammen aus fünf Professoren, 14 Diplomlandwirten und

Erfolge der Politik der Nationalen Front

In den letzten Wochen hat der Protest gegen die von der Protektorsverwaltung Dr. Adenauers auf Anweisung der Hohen Kommissare geführte Wirtschaftspolitik zu zwei wesentlichen Erfolgen geführt.

Auf Veranlassung der Hohen Kommissare hat das Kabinett Dr. Adenauers das Verbot der Stahllieferungen nach der Deutschen Demokratischen Republik angeordnet. Dieses Verbot, das gleichzeitig mit dem sprunghaften Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland bekannt wurde, hat in allen Kreisen der Bevölkerung, bei den Arbeitern ebenso wie bei den Werksleitungen der Stahlwerke, Ablehnung und Protest hervorgerufen. Die Bonner Verwaltung sah sich dadurch gezwungen, einen Beauftragten zu Handelsbesprechungen nach Berlin, zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu entsenden. Diese Verhandlungen führten zu einem Abkommen über die Aufhebung des Stahlembargos und einem weiteren Ausbau des innerdeutschen Handels.

Das Abkommen über die Aufhebung des Stahlembargos zwischen dem Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und dem westdeutschen Spalterkabinett wurde dann — wie euch bekannt ist — von dem britischen Oberkommissar gerügt. Was wiederum den Beauftragten für den Marshallplan in der Bonner Protektorsverwaltung, Dr. Blücher, veranlaßte, zu erklären, daß das Stahlembargo nicht aufgehoben sei, da Dr. Kaumann die Verhandlungen von westdeutscher Seite führte, keine Vollmachten besessen habe. Tatsache ist aber, daß Dr. Kaumann sämtliche Vollmachten zu den Verhandlungen und zum Abschluß des Abkommens besaß. Das ist ein typisches Zeichen dafür, wie die Protektorsverwaltung Dr. Adenauers, die nach den Befehlen der Hohen Kommissare handelt, sofort unsicher wird und ins Wanken kommt, wenn sich der Druck der westdeutschen Bevölkerung im Kampf für ihre Le-

werden, daß die Landwirtschaft heute mit Verlust arbeitet. Während 1938—39 noch ein Reinertrag von 61 Reichsmark, 1948/49 ein solcher von 18 DM je Hektar erzielt werden konnte, wird das Wirtschaftsjahr 1949/50 voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 18 DM je Hektar abschließen.“

Das „Handelsblatt“ sieht aus diesem „agrarpolitischen Dilemma“ einen Ausweg:

„Eine radikale Abwehr von dem Prinzip, die Landwirtschaft unter „Naturschutz“ zu stellen. Gemeint ist damit die in jeder freien Wirtschaft selbstverständliche Auslese der Tüchtigen, die agrarpolitisch als „Wanderung des Bodens zum besseren Wirt“ bezeichnet wird.“

Diese Situation in der Landwirtschaft zeigt, daß der kleine und mittlere Bauer in Westdeutschland der Konkurrenz der amerikanischen Getreidefabriken, die mit staatlicher Unterstützung arbeiten, nicht gewachsen ist. Der Klein- und Mittelbauer in Westdeutschland wird durch den Marshallplan ruiniert. Konkurrenzfähig bleibt nur der Großgrundbesitzer, dessen Betrieb durch staatliche Mittel modernisiert werden soll. Hinter der Losung „der Wanderung des Bodens zum besseren Wirt“ versteckt sich nichts anderes als die Forderung der Großgrundbesitzer auf massenweise Enteignung des Bauern zugunsten des Großgrundbesitzes.

Doktoren, einem FDP-Landtagsabgeordneten, einem CDU-Landtagsabgeordneten, drei SPD-Mitgliedern, wovon einer Mitglied des Agrarausschusses der SPD Bayerns ist. Außerdem Genossenschaftsfunktionäre, bekannte Pflanzen- und Obstzüchter und zwei Förster. Im Kommuniqué der Konferenz heißt es:

„Die deutsche Landwirtschaft kann nur gesunden durch die Wiederherstellung einer einheitlichen, gesamtdeutschen Landwirtschaft in einem souveränen demokratischen Deutschland. Deutschland braucht den Frieden, um seine friedliche Wiederaufbauarbeit durchführen zu können. Ein gerechter Friedensvertrag mit unserem Volk ist erforderlich. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bedeutet, daß alle Besatzungsmächte abziehen und die deutsche Wirtschaft und Landwirtschaft auf der Grundlage politischer Unabhängigkeit entwickelt werden kann.“

Gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft

Die Tagung faßte den Beschluß, eine gesamtdeutsche Beratung der Land- und Forstwirtschaft durchzuführen, an der ca. 500 Delegierte teilnehmen sollen. Alle Beschlüsse dieser Tagung in Schierke wurden einstimmig gefaßt. Das obige Zitat aus dem Kommuniqué ist doch das Programm der Nationalen Front, konkretisiert für die Landwirtschaft. Die Tatsache, daß alle Teilnehmer diesem zustimmten, zeigt, daß Menschen aller Parteirichtungen und selbst führende Funktionäre anderer Parteien, wenn wir von ihren Lebensinteressen ausgehen, für die Ziele der Nationalen Front gewonnen werden können. Es ist darum notwendig, daß unsere Partei die Vorbereitungen der gesamtdeutschen Tagung auf tatkräftigste unterstützt.

Nun doch Eisenbahnschienen nach China

Das zweite Beispiel des Erfolges der Protestbewegung in der westdeutschen Bevölkerung ist die Lieferung von Eisenbahnmaterial an die Volksrepublik China. Ihr wißt, daß Ende des vergangenen Jahres die Hohen Kommissare die Lieferung von 100 000 Tonnen Eisenbahnmaterial aus Westdeutschland für die Volksrepublik China untersagten. Dieses geschah, weil die anglo-amerikanischen Imperialisten auf diese Weise den Aufbau der Volksrepublik China stören wollen, und zweitens, weil sie daran interessiert sind, soweit mit China gehandelt wird, diesen Handel in ihre eigene Tasche zu lenken.

Das Verbot der Lieferung von Eisenbahnmaterial löste in ganz Westdeutschland, vor allen Dingen auch in bürgerlichen Kreisen, einen heftigen Protest aus. Die Behinderung des Außenhandels, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit steigt, demonstrierte geradezu den kolonialen Zustand in Westdeutschland. Zudem ist die Entwicklung des Außenhandels mit China von besonderer Bedeutung für Deutschland. Die Volksrepublik China ist bereit, das in Westdeutschland bestellte Eisenbahnmaterial mit Dollars zu bezahlen.

Der Handel mit China hat einen ganz anderen Charakter als der westdeutsche Handel mit den Marshallplan-Ländern. Im Handel mit den Marshallplan-Ländern liefert Westdeutschland Kohle weit unter dem Weltmarktpreis, Stahl und andere hochwertige Artikel, während es selbst dafür Waren abnehmen muß, die nicht unbedingt benötigt werden und die teilweise sogar die westdeut-

sche Landwirtschaft und Industrie ruinieren. Der Handel im Rahmen des Marshallplanes gefährdet so offensichtlich die Existenz ganzer Bevölkerungsschichten in Westdeutschland. Der Handel mit China würde uns ermöglichen, unser Außenhandelsdefizit zu ver-

Die Deutsche Demokratische Republik wahrt auch Interessen Westdeutschlands

Um so größer ist die Bedeutung der Erklärung des Genossen Walter Ulbricht, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei ihren Handelsvertragsabschlüssen mit China und anderen Ländern bereit ist, auch die Interessen Westdeutschlands zu wahren, da die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die einzige deutsche Regierung ist. Obwohl die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Spaltung Deutschlands und durch das Kolonialregime in der Ausübung ihrer Regierungsgewalt noch auf einen Teil Deutschlands beschränkt ist, wahrt sie bereits die Interessen des ganzen deutschen Volkes, auch die Interessen der Bevölkerung Westdeutschlands. Die Vertretung der gesamtdeutschen Interessen, auch bei dem Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Staaten durch die Deutsche Demokratische Republik, bereitet darum der Bonner Protektorsverwaltung und den Hohen Kommissaren große Kopfschmerzen. Die Vertretung der gesamtdeutschen Interessen durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Entwicklung der Nationalen Front in Westdeutschland einen gewaltigen Auftrieb.

Aus all diesen Gründen hat sich nun die Hohe Kommission gezwungen gesehen, einem Auftrag der Volksrepublik China über Lieferung von 15 000 Tonnen Eisenbahnschienen ihre Zustimmung zu geben. Das ist zweifellos ein Erfolg der Protestbewegung der Bevölkerung gegen die Beschränkung unseres Außenhandels.

Massen-Protest verhindert Remilitarisierungspläne

Ein Erfolg im Kampf gegen die Kriegspläne der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Helfershelfer ist auch der Protest der westdeutschen Bevölkerung, besonders der Jugend, gegen die Remilitarisierungspläne des Adenauerkabinetts. Das CDU-Organ „Rheinischer Merkur“ und „Der deutsche Union-Dienst“, der Pressedienst der CDU/CSU, hatten bereits Ende 1948 die Einrichtung von Garnisonen einer Atlantikpaktstreitmacht in Westdeutschland gefordert. Nachdem nun auch in den USA führende Politiker und Militärs die Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee unter amerikanischem Kommando verlangten, ließ Dr. Adenauer mit seinem auch bekanntem Interview den ersten Versuchsballon zur Remilitarisierung Westdeutschlands steigen. Die heftige Ablehnung

Dilemma der amerikanischen Deutschlandpolitik

Die verantwortlichen Leiter der amerikanischen Deutschlandpolitik stellen fest, daß sie in Deutschland mehr und mehr auf die Ablehnung der Bevölkerung stoßen. Ein Ausdruck dafür sind die Beispiele, die ich bereits angeführt habe: die Ablehnung der Remilitarisierung Westdeutschlands durch die Bevölkerung, der Protest gegen das Stahl embargo und gegen die Beschränkung unseres Außenhandels mit China.

Walter Lippmann, einer der einflussreichsten amerikanischen Journalisten, der durch seine Stellungnahme schon häufiger die amerikanische Außenpolitik beeinflusst hat, schreibt in der „New York Herald Tribune“ vom 23. 2. 1950 unter der Überschrift „Amerikas Position ist schwächer geworden“ unter anderem folgendes:

„Deutschland ist ein anderes Beispiel für eine Lage, die im Sinne Mr. Achesons schwach ist und die sich in beängstigendem Tempo verschlechtert. Die Schwäche unserer Lage in Deutschland verdanken wir der Tatsache, daß unsere grundlegende Auffassung der deutschen Zukunft nicht verwirklicht werden kann und von den Deutschen als unannehmbar angesehen wird. Wir werden solange ständig an Einfluß in Deutschland verlieren und unsere Macht über die Zukunft Deutschlands wird solange zurückgehen, als wir uns mit der Spaltung und Besetzung Deutschlands sowie mit der Unterordnung des von uns besetzten Teiles Deutschlands als ein zweiklassiges Mitglied der westlichen Koalition identifizieren. Die Stärkung der deutschen Lage fordert vor allem nicht mehr Geld, nicht mehr Waffen und sicherlich nicht mehr Reden, sondern eine diplomatische Umorientierung auf die Realitäten der deutschen Lage.“

Die von Walter Lippmann geforderte diplomatische Umorientierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik findet jetzt seinen Niederschlag in der Erklärung McCloy's, in der es heißt, daß die USA die politische Vereinigung Deutschlands durch gesamtdeutsche „freie Wahlen“ als die Grundforderung der amerikanischen Deutschlandpolitik betrachtet.

Die Nationale Front gewinnt an Boden

Genossen, das bedeutet nicht, daß sich die Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik irgendwie geändert haben. Das bedeutet, daß der Gedanke der Nationalen Front im Kampfe um die Erhaltung des Friedens und die einheitliche unabhängige demokratische deutsche Republik beginnt, in der westdeutschen Bevölkerung Boden zu gewinnen und damit die amerikanischen Deutschlandpolitik durchkreuzt wird. Darum erhielt McCloy bei seinem letzten Besuch in den USA die Anweisung, durch die Forderung nach sogenannten „freien Wahlen“ in ganz Deutschland in der Bevölkerung Westdeutschlands den Eindruck zu erwecken, als ob die USA für die Einheit Deutschlands einträten.

Dieser von McCloy aufgezogene Propagandarmel wird nicht darüber hinwegtäuschen können, daß die Spaltung Deutschlands von

ringern und hochwertige Rohstoffe in Westdeutschland einzuführen, die von unserer Fertigwarenindustrie benötigt werden. Es ist daher verständlich, daß der Protest gegen die Beschränkungen des Chinahandels vor allen Dingen in Wirtschaftskreisen laut wurde.

der westdeutschen Bevölkerung kam für Adenauer völlig unerwartet. Wie ein alter Fuchs, der beim Stehlen erwischt worden ist, versuchte er sich aus der Schlinge zu ziehen.

Unsere Bundestagsfraktion erzwang die Debatte im Bundestag, in der Dr. Adenauer fünf Fragen vorgelegt wurden. Indem er alle Fragen mit „Nein“ beantwortete, sagte er bewußt die Unwahrheit. Bald stellte sich heraus, daß die Erklärung Adenauers zur Remilitarisierung von dem Chef der Bruderschaften und ehemaligem Kommandeur der Division Großdeutschland — von Manteuffel — ausgearbeitet worden war. Auch diese Tatsache dementierte Dr. Adenauer, bis er gezwungen wurde, zuzugeben, daß er erstens von Manteuffel vor seinem Regierungsantritt getroffen und mit ihm eine Besprechung durchgeführt hatte, und zweitens, daß von Manteuffel ihm nach dem Regierungsantritt einen Plan über die Aufstellung leichter deutscher Streitkräfte unterbreitet hat, der nach den Angaben Adenauers von seinem Sekretariat nur schriftlich bestätigt wurde. Es ist bekannt, daß der Chef der Protektorsverwaltung, Adenauer, ein Meister in der Abgabe sich widersprechender Dementis ist, so daß ihm bereits ein Pressechef davonlief. Infolgedessen wird den Erklärungen Adenauers und der übrigen Bonner Verwaltungsbeamten in der Bevölkerung nicht mehr viel Glauben geschenkt.

Es wird die Aufgabe unserer Bundestagsfraktion sein, Dr. Adenauer zu zwingen, über seine Verbindungen zu Manteuffel und seine Remilitarisierungspläne im Bundestag Rede und Antwort zu stehen und eine Erklärung für seine unwahre Beantwortung unserer Anfrage in der Bundestagsdebatte zu geben.

Stimmungswandel der westdeutschen Bevölkerung

Auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Westdeutschland und der sichtbar werdenden Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik ändert sich die Stimmung der westdeutschen Bevölkerung. Sie beginnt zu erkennen, welche Auswirkungen die Politik der anglo-amerikanischen und deutschen Imperialisten hat. Die westdeutsche Bevölkerung beginnt zu erkennen, daß ihre Lebensinteressen nur durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen gesichert werden können. Ein Ausdruck dafür ist unter anderem die Erklärung Pastor Niemöllers.

den amerikanischen Politikern bewußt herbeigeführt wurde, um Westdeutschland einem Kolonialregime zu unterwerfen und es als strategische Basis für die Verwirklichung ihrer Kriegspläne auszubauen. Durch die Erklärung McCloy's wird nicht die Tatsache aus der Welt geschaffen werden können, daß die Einheit Deutschlands nur wiederhergestellt werden kann durch die Beseitigung des von den anglo-amerikanischen und französischen Imperialisten über Westdeutschland errichteten Kolonialregimes.

Unter den Bedingungen des Ruhrstatus und Besatzungsstatus kann es keine freien Wahlen in Westdeutschland geben.

Selbst Dr. Schumacher, der durch seine politische Haltung für die Spaltung Deutschlands und für die Errichtung des Kolonialregimes über Westdeutschland mit verantwortlich ist, sah sich gezwungen, den demokratischen Charakter der sogenannten Bundestagswahlen vom 14. August 1949 festzustellen. Im „Neuen Vorwärts“ vom 24. Februar 1950 heißt es im Bericht über die Rede Dr. Schumachers in Hannover:

„Unsere Aufgabe sei es, klarzumachen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht identisch mit der Parlamentsmehrheit ist, die durch Vernebelungs- und Täuschungsmanöver am 14. August zustande kam.“

Ich habe in meiner Erklärung, die in der Presse zu den Ausführungen McCloy's veröffentlicht wurde, bereits gesagt, daß wir für gesamtdeutsche freie Wahlen sind, daß freie Wahlen in Westdeutschland aber nur durchgeführt werden können, wenn das Ruhrstatut und das Besatzungsstatut außer Kraft gesetzt werden, wenn ein gerechter Friedensvertrag abgeschlossen wird und alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen. Schon 1948 haben wir über die Forderung nach der Einheit Deutschlands

einen gesamtdeutschen Volksentscheid

durchführen wollen, dessen Durchführung aber in Westdeutschland durch die anglo-amerikanische und die französische Militärregierung verboten wurde. Es klingt darum wie ein Hohn, wenn heute McCloy von gesamtdeutschen freien Wahlen spricht.

Entsprechend der Forderung des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands fordern wir eine Abstimmung des ganzen deutschen Volkes über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Abschluß des Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Die Richtigkeit der Politik der Nationalen Front

Die Erklärung McCloy's hat aber noch eine andere Seite. Sie bestätigt uns die Richtigkeit unserer Politik zur Herstellung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, sie zeigt, wie gefährlich diese Politik der Nationalen Front für die Ziele des amerikanischen Imperialismus ist. An Hand der Erklärung McCloy's können sich darum alle Genossen, die noch unklar sind, über die Richtigkeit unserer nationalen Politik überzeugen. Deshalb kämpfen aber auch die Parteifeinde gerade gegen unsere Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, indem sie erklären, diese Politik stände im Widerspruch zu den Klasseninteressen des Proletariats. Es heißt in der Resolution der 14. Parteivorstandstagung über die ideologisch-politische Festigung unserer Partei:

„Deshalb richten die Parteifeinde und Agenten des Imperialismus gegen diese Theorie (über die Bündnispolitik der Arbeiterklasse) ihren Stoß, deshalb bekämpfen sie die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.“

Genossen!

Ich habe vorhin ausgeführt, daß der Propagandarummel der amerikanischen Impe-

Mit verstärkter Kraft für Frieden und Unabhängigkeit

Bei der Entwicklung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands haben wir auch hier in Westdeutschland eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Ich denke hierbei zunächst an die Protestbewegung gegen den Demontagestop-Prozeß.

Die Protest-Entscheidungen, die von den Betriebsbelegschaften und in öffentlichen Versammlungen hierzu angenommen wurden, die Geldsammlungen zur Verteidigung der Angeklagten sind ein Teil des Kampfes der westdeutschen Bevölkerung gegen das Kolonialregime. Jedoch stellen wir im Kampf gegen die Demontage auch einige entscheidenden Schwächen fest. Es gelang uns z. B. nicht, die Protestbewegung gegen die Demontage im Ruhrgebiet mit der in Watenstedt-Salzgitter zu verbinden und in Ludwigsfelde, wo auf den Badischen Anilin- und Sodafabriken, einem Betrieb, der heute noch über 22 000 Arbeiter beschäftigt, demontiert wird, eine ernsthaftige Bewegung gegen die Demontage zu entfalten.

Erfolge haben wir zweifellos auch bei der Entfaltung des Kampfes um den Frieden zu verzeichnen. Die Protestbewegung und die Entschlüsse gegen die Remilitarisierung sind ein Ergebnis der Arbeit unserer Partei. Meine Rede in den Mitgliederversammlungen der Betriebsgruppen des Stahlwerks Hagen-Haspe und des Hamburger Hafens hat die Genossen in ihrer Arbeit ermuntert, so daß durch ihre Initiative von den Hafenarbeitern in Duisburg-Ruhrort, in Mannheim und in Hamburg der Beschluß gefaßt wurde, die Entladung und den Transport von Kriegsmaterial abzulehnen. In vielen Städten und Betrieben wurden Komitees der Kämpfer für den Frieden geschaffen, die manchmal eine beispielhafte Zusammensetzung haben.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des internationalen Frauentages in diesem Jahr zeigen sich eine Reihe guter Erfolge. Es gibt Städte, in denen die Genossen beinahe mustergültig gearbeitet haben. Noch nie wurden so viel Ausschüsse, die auf überparteilicher Basis zusammengesetzt sind, zur Vorbereitung des internationalen Frauentages geschaffen wie in diesem Jahr. Obwohl es noch sehr viele Fälle gibt, in denen die Parteileitung den Genossinnen die Vorbereitung des internationalen Frauentages allein überlassen hat, hat doch in diesem Jahr die Partei weit besser begriffen, daß es sich um eine Aufgabe der Gesamtpartei im Kampf um den Frieden handelt.

Auch bei der Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend

Die Friedensbewegung in Westdeutschland im Vormarsch

Die Friedensbewegung in Westdeutschland entwickelt sich aufwärts, wobei sie jedoch stärker in die Betriebe hineingetragen werden muß. Es gibt in der Partei aber große Unklarheiten über das Verhältnis der Friedensbewegung zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Wenn man die Entwicklung der Friedenskomitees und die Entwicklung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands betrachtet, gewinnt man den Eindruck, als ob die Genossen glauben, es handle sich hier um zwei voneinander getrennte Arbeitsgebiete unserer Partei. Man gewinnt ferner den Eindruck, daß

Einheitliches System der Arbeit entwickeln

Worauf sind diese Mängel zurückzuführen? Ich bin der Meinung, das liegt in der Trennung der Friedensbewegung von der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands begründet, während in Wirklichkeit die Verteidigung des Friedens eine unmittelbare Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ist. Genossen! Kann man den Frieden in Europa sichern, kann man die amerikanischen Kriegspläne in Westdeutschland auf die Dauer mit Erfolg durchkreuzen, ohne den Kampf um die einheitliche unabhängige demokratische deutsche Republik zu führen? Das kann man nicht! Die Schaffung der einheitlichen deutschen demokratischen Republik bedeutet, wie Stalin

rialisten mit sogenannten gesamtdeutschen „freien Wahlen“ durch die Stimmungsänderung in der westdeutschen Bevölkerung und durch die Anziehungskraft des Gedankens der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands verursacht worden ist. Diese Stimmungsänderung und die Verbreiterung des Gedankens der Nationalen Front in der westdeutschen Bevölkerung findet aber noch nicht den genügenden Ausdruck in der Bildung von Ausschüssen der Nationalen Front und hat damit noch nicht genügende organisierte Formen angenommen.

Die Ursache dafür liegt zu allererst darin, daß die Genossen noch nicht genug die Politik der Nationalen Front verstanden haben! Es ist daher notwendig, daß der Abschnitt der Resolution über die ideologisch-politische Festigung unserer Partei, der sich mit der Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands beschäftigt, zusammen mit dem Programm der Nationalen Front studiert wird. Indem die Genossen diesen Abschnitt der Resolution zusammen mit dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands studieren, erkennen sie sofort die konkrete Anwendung der Resolution für unsere nationale Politik.

Pfingsten 1950 in Berlin sind gute Anfangserfolge zu verzeichnen. Es wurde nicht nur ein zentrales vorbereitendes Komitee geschaffen, sondern darüber hinaus viele Komitees auf Landes- und Kreisbasis. Die Westkonferenz der FDJ und die im Anschluß daran durchgeführte Jugendkundgebung war ein guter Auftakt zum Deutschlandtreffen. Der Beschluß der 14. Parteivorstandstagung, daß der Parteivorstand und die Landesvorsitzenden der Partei für die Jugendpolitik der Partei verantwortlich sind, hat sich bereits gut ausgewirkt. Die Jugendfreunde berichten, daß die Landesvorstände der Partei mit Ausnahme des Saargebietes und z. T. auch Rheinland-Pfalz sich aktiv in die Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend eingeschaltet haben. Jedoch gibt es noch viele Mängel in den Kreisen. So erfahre ich z. B., daß die FDJ in Lörrach eine Kreisversammlung durchführte, zu der auch unsere Partei eingeladen war, die aber keinen

Die Landesvorsitzenden sind dafür verantwortlich, daß Unterschätzungen der Bedeutung des Deutschlandtreffens der Jugend Vertreter entsandte. In den Kreisen und in den Betrieben überwunden werden, und daß sich die Gesamtpartei aufs stärkste bei der Unterstützung der Vorbereitung des Deutschlandtreffens einsetzt.

Die Angst, daß die Jugend die Wahrheit erkennt

Die Erklärung Dr. Schumachers, die Stellungnahme der Militärregierungen sowie die in Presse und Rundfunk entfaltete Verleumdungskampagne gegen das Deutschlandtreffen der Jugend sollten auch den letzten Parteigenossen von der großen Bedeutung dieses Treffens im Kampfe für den Frieden und die einheitliche deutsche demokratische Republik überzeugen. Die Feinde des Friedens und der einheitlichen deutschen demokratischen Republik fürchten, daß die westdeutsche Jugend in Berlin ein objektiv richtiges Bild von den Erfolgen der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere von den großen Entwicklungsmöglichkeiten und dem Mitbestimmungsrecht der Jugend bekommt. Sie fürchten, daß jeder Junge und jedes Mädchen, das vom Deutschlandtreffen von Berlin nach Westdeutschland zurückkehrt, ein unermüdlicher Propagandist des Kampfes für den Frieden und für die einheitliche, unabhängige deutsche demokratische Republik wird. Sie fürchten, daß durch das Deutschlandtreffen der Jugend die Nationale Front des demokratischen Deutschlands im Westen unserer Heimat einen gewaltigen Auftrieb bekommt und vor allen Dingen die Jugend erfaßt.

die Genossen vielfach Friedenskomitees bilden und der Entwicklung von Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands aus dem Wege gehen, weil sie gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik nicht klar Stellung beziehen wollen. Noch viel schlimmer ist es, wenn sie bei der Bildung von Friedenskomitees der Rolle der Sowjetunion als der führenden Friedensmacht ausweichen. Wir wollen in der Friedensbewegung natürlich Menschen aus allen Schichten unseres Volkes erfassen, doch es darf keine Verwischung des Charakters dieser Komitees erfolgen.

in seinem Telegramm an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sagt: Die Sicherung des Friedens in Europa. Das heißt also, der Kampf um den Frieden und die Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ist ein und dasselbe. Darüber hätte es in unserer Partei eigentlich keine Irrtümer geben können, wenn die Genossen die Resolution des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien über „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen Kriegstreiber“ aufmerksam studiert hätten. In dieser Resolution heißt es unter anderem:

„Die kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern halten es für ihre Pflicht, den Kampf für nationale Unabhängigkeit mit dem Kampf

für den Frieden verschmelzen zu lassen, den antinationalen, verräterischen Charakter der Politik der bürgerlichen Regierungen, die zu direkten Sachwaltern des aggressiven amerikanischen Imperialismus geworden sind, unermüdlich zu entlarven und alle demokratischen, patriotischen Kräfte des Landes unter den Lösungen zur Vernichtung der schmachvollen Knechtschaft — dieser sklavischen Unterordnung unter die amerikanischen Monopole — zu vereinigen und zu sammeln, sowie zur Rückkehr auf die Bahnen einer selbständigen Außen- und Innenpolitik, die den nationalen Interessen der Völker entspricht.“

Genossen! Das heißt für uns, daß wir es begrüßen würden, wenn sich die bisher voneinander getrennten Friedenskomitees und die Ausschüsse der Nationalen Front zu einer einzigen Bewegung vereinigen würden. Dieses geht sicherlich nicht von heute auf morgen. Aber wir müssen darauf hinarbeiten, und zwar so schnell wie möglich.

Bereitet die Landesfriedenskongresse vor

Genossen! Ob es uns gelingt, zu den Landesfriedenskongressen zu einem solchen einheitlichen System der Arbeit und zu einer Zusammenfassung der Friedensausschüsse mit den Ausschüssen der Nationalen Front zu kommen, ist nicht die Frage.

Worauf es jetzt ankommt, ist:

1. in den Friedenskomitees eine ideologische Aufklärung darüber zu beginnen, daß der Friede nur durch den Kampf um die einheitliche, unabhängige, deutsche demokratische Republik gesichert werden kann;
2. daß die Verteidigung des Friedens eine Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands ist;
3. daß das Schwergewicht der Kraft unserer Partei lediglich auf der Schaffung von Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands liegt;
4. die Landesfriedenskongresse zu vorbereiten, indem man möglichst den örtlichen oder betrieblichen Friedenskomitees empfiehlt, die Friedensbewegung in die Nationale Front des demokratischen Deutschlands überzuführen, oder zum mindesten Delegierte in die Ausschüsse der Nationalen Front zu entsenden;
5. wo die ideologische Klärung in den Friedenskomitees noch nicht so weit entwickelt ist, so daß die Überleitung in Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands die Gefahr heraufbeschwören würde, daß bedeutende Persönlichkeiten aus Unklarheit diesen Schritt noch nicht gehen wollen, sollen die Friedenskomitees vorläufig weiter bestehen bleiben. In ihnen müssen dann unsere Genossen die Diskussion zur ideologischen Klärung weiter entfalten. Der Kampf um den Frieden ist eine Aufgabe der Gesamtpartei, sie ist keine Ressortarbeit und man kann diese auch

Die Aktivierung des Lebens und der Arbeit der Partei

Unsere Partei hat seit der 14. Parteivorstandssitzung einen Schritt vorwärts getan. Durch die Diskussion der Resolution über die ideologisch-politische Festigung der Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus ist eine Aktivierung des Lebens und der Arbeit der Parteieinheiten eingetreten. Es gibt eine Reihe sehr guter Beispiele dafür. Gestattet mir, daß ich aus der Diskussionsrede des Mannheimer Genossen auf der Org-Konferenz ein Beispiel anführe:

„Wir haben die Betriebsgruppe Schiffswerft in Mannheim, die schlecht und recht selbst kassiert. Die Leitung ist schwach, seit Monaten hat keine Betriebsgruppenversammlung stattgefunden. Dieser Tage kommt eine Genosse aus der Betriebsgruppe, der keine Funktion dort hatte, zum Parteibüro, ist ziemlich kleinlaut und fragt um Rat, ob er richtig gehandelt hat. Er sagte mir: „Wir haben am Freitag eine Betriebsgruppenversammlung gehabt, die habe ich einberufen. Ich habe jedes Mitglied eingeladen und von 46 waren 36 Genossen anwesend. Wir haben in dieser Versammlung eine ganz neue Leitung gewählt.“ Das ist ein wunderbares Beispiel für die Richtigkeit der Worte des Genossen Reimann — so fügte der Mannheimer Genosse hinzu — daß unsere Partei im Kern gesund ist.“

Dieses ist sicherlich ein besonders gutes Beispiel. Wenn die Aktivierung der Grundeinheiten der Partei auch nicht überall so gut wie in diesem Beispiel zu verzeichnen ist, so können wir doch allgemein eine Belebung der Arbeit unserer Partei feststellen.

Das kommt zum Ausdruck in einem besseren Besuch der Mitgliederversammlungen, in der regelmäßigen Durchführung von Funktionärsitzungen und Versammlungen in den Grundeinheiten. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß die politische Diskussion in den Parteieinheiten heute auf einem höheren Niveau steht als früher und daß die Genossen in ihrer positiven Haltung zur Sowjetunion, zu den Ländern der Volksdemokratie und zu der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik klarer und entschiedener auftreten, was auch in unserer Presse zum Ausdruck kommt. Die Resolution der 14. Parteivorstandssitzung ist von unserer Partei begrüßt worden, da sie den Funktionären und Mitgliedern eine feste Grundlage für die Lösung ihrer politischen Aufgaben gibt.

Ideologische Klärung mit konkreten Aufgaben verbinden

Wenn wir auf der heutigen Parteivorstandssitzung kritisch und selbstkritisch zur Behandlung der Resolution in den Parteieinheiten und Parteieinheiten Stellung nehmen.

Darum ist es auch unrichtig, wenn das Sekretariat des Landesvorstandes Niedersachsen sich die Aufgabe stellt, die Verteidigungskomitees im Demontagestop-Prozeß in die Friedensbewegung überzuführen. Richtig wäre es, wenn sich die Genossen in Niedersachsen die Aufgabe stellen würden, diese Verteidigungskomitees zu Ausschüssen der Nationalen Front weiter zu entwickeln, wobei sie auch die Aufgabe der Verteidigung des Friedens haben. Im „Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“ heißt es:

„In Westdeutschland steht die Aufgabe, alle vorhandenen Freundeskreise der Nationalen Front für ein demokratisches Deutschland, die vorhandenen Orts- und Landesausschüsse, die Ausschüsse in den Betrieben und Gewerkschaften, die vielseitigen Kreise der Anhänger des Friedens zusammenzufassen, um zu einem einheitlichen System der Arbeit in ganz Deutschland zu kommen.“

nicht allein auf die Friedenskomitees abzuweichen.

Daß die Aufgabe des Kampfes um den Frieden auch von den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gelöst wird, kommt zum Ausdruck in der Aufgabenstellung dieser Ausschüsse für Westdeutschland.

Im „Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“

heißt es darüber u. a.:

Im Vordergrund der Tätigkeit aller dieser Ausschüsse und Vereinigungen stehen folgende Aufgaben:

1. Eine umfassende Aufklärung über die Ursachen und die Hintergründe der verschärften Kriegsprovokationen, um dabei die breiten Massen durch die Ausschüsse zu erfassen und die nationale Bewegung zu verbreitern.
2. Die Aufklärung der westdeutschen Bevölkerung über die Maßnahmen der westdeutschen Imperialisten, Deutschland zugrunde zu richten und die deutsche Nation auszulöschen.
3. Aufklärung über die Politik der Deutschen Demokratischen Republik und der Provisorischen Regierung zur Herstellung eines demokratischen Deutschlands und für die Sicherung des Friedens.
4. Eine intensive Aufklärung über die Friedenspolitik der Sowjetunion und die volkdemokratischen Länder.
5. Die Führung eines einheitlichen Kampfes gegen die Aufstellung einer Söldnerarmee, gegen die Einreihung Zehntausender junger Menschen in die Fremdenlegion, durch weitestgehende Aufklärung der Jugend, damit sie es ablehnt, im Interesse ausländischer Imperialisten ihr Blut auf den Schlachtfeldern gegen demokratische Völker zu vergießen.“

so müssen wir, nachdem wir das Positive festgestellt haben, auch einige Schwächen und Mängel hervorheben, um sie in unserer künftigen Arbeit abzustellen. Die entscheidende Schwäche bei der Durcharbeitung der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung ist, daß diese vielfach losgelöst von der konkreten Aufgabenstellung unserer Partei vorgenommen wurde.

Genossen! Gestattet mir, daß ich für diese Behandlung der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung, die losgelöst von der konkreten Aufgabenstellung — ich möchte sagen — in abstrakter Art und Weise geschah, einen Auszug aus der „Neuen Volkszeitung“ vom 11. Januar 1950 bringe. Dort heißt es unter anderem:

„Das bedeutet, daß die ganze Kraft der Partei auf ein Ziel konzentriert wird, und zwar auf die entscheidende Aufgabe, deren Erfüllung die Voraussetzung für die Lösung aller anderen Aufgaben ist. Jedes Mitglied der Partei trägt auf seinem Platz die Verantwortung dafür, daß das gemeinsame Ziel der Partei erreicht wird; die ideologisch-politische Festigung der Partei.“

Hier wird die ideologisch-politische Festigung der Partei vollkommen von den politischen Aufgaben der Partei in der heutigen Situation losgelöst. Noch mehr, hier wird sogar die ideologisch-politische Festigung der Partei zum Ziel der Partei erhoben. Das ist eine sektiererische Abweichung. Dadurch wird die Partei gehindert, ihre politischen Aufgaben zu lösen und die ganze Kraft der Partei wird ausschließlich nach innen gerichtet, wobei durch eine solche Behandlung es auch keine ideologische Klärung in der Partei geben kann, denn die ideologisch-politische Festigung der Partei an Hand der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung kann überhaupt nur im Prozeß der Lösung der politischen Aufgaben, der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands und damit der Verteidigung des Friedens und des Kampfes für die elementarsten Lebensrechte der werktätigen Bevölkerung geschehen.

Ein gutes Beispiel ist Hagen

Auf der Generalmitgliederversammlung der Betriebsgruppe Hagen-Haspe, wo ich das Referat über die 14. Parteivorstandssitzung hielt, bekam ich den Eindruck, daß die Betriebsgruppe laufend Schulungskurse durchführt und die Schulung der Mitglieder und Funktionäre mit der praktischen Aufgabenstellung im Betrieb verbindet. Auf der Hasper Hütte bestand schon ein Friedenskomitee, das nach der Generalmitgliederversammlung die Initiative zur Schaffung eines Friedenskomitees für ganz Hagen ergriff. Dieses Friedenskomitee für Hagen besteht nach dem Be-

richt aus folgenden Organisationen: Friedensgesellschaft, freireligiöse Gemeinde, VVN, Gemeinschaftshilfe, FDJ, Gesangverein „Orpheus“, Gesangverein „Phönix“, KPD und den Vertretern folgender betrieblicher Komitees: Hasper Hütte, Aku-Werke Hagen, Hüttenwerk Wittmann, Funcke & Hueck, Hagener Stahlwerk, Schmiedag. Die Vorsitzenden dieses Friedenskomitees sind ein ehemaliger Gewerbeoberlehrer und ein Mittelständler.

Auf diese Weise wurde die Hebung des theoretischen Niveaus der Mitglieder und Funktionäre der Betriebsgruppe aufs engste mit der Erfüllung der politischen Aufgaben in der Belegschaft verbunden.

Ein Beispiel völlig abstrakter und falscher Behandlung

der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung finden wir in unserer Frankfurter Zeitung, der SVZ, vom 28. Februar 1950. Dort heißt es in einem Bericht über die Mitgliederversammlung der Offenbacher Parteigruppe:

„Wir dürfen nie vergessen, daß wir keinen Kampf um Reformen führen, sondern um die Macht im Staate — diese Erkenntnis schälte sich aus diesem Diskussionsabend heraus.“

Fast 50 Jahre, nachdem Lenin sein bedeutendes Buch „Was tun“ schrieb und in diesem auch die Haltung der Partei der Arbeiterklasse zum Kampf um Reformen darlegte, lesen wir einen derartigen Bericht über die Diskussion der Beschlüsse der Parteivor-

Operative Arbeit und besserer Arbeitsstil

Die Ursache für diese vielfach losgelöst von der konkreten Aufgabenstellung durchgeführte Diskussion der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung ist zweifellos in der nicht genügenden operativen Arbeit und im gesamten Arbeitsstil unserer Parteieinheiten von oben bis unten zu finden. Der Genosse W. sagte auf der Org-Konferenz über die Arbeit des Kreisvorstandes Nürnberg unter anderem folgendes:

„Es hat sich herausgestellt: das Grundübel der Stagnation ist nicht der Partei zuzuschreiben, sondern der Arbeitsweise der Leitung. Wir haben den Zustand, daß das Sekretariat seine ganze Arbeit auf rein organisatorisch-technischer Abwicklung der Geschäfte aufgebaut hat. Wenn man überhaupt von kollektiver Arbeit sprechen kann, hat sie sich im Rahmen von Besprechungen zur Erledigung dieses oder jenes Termins abgespielt. Es ist bis vor kurzem überhaupt nicht politisch zu Beschlüssen des Landesvorstandes und Parteivorstandes Stellung genommen worden.“

Ich habe absichtlich ein so krasses Beispiel herausgehoben. Ich weiß, daß es sehr viele Sekretariate gibt, in denen es nicht so schlimm ist.

Nach der 14. Parteivorstandssitzung hätten die Genossen die von uns gegebenen Anregungen zur Durchführung der Diskussion nehmen und sich in den Sekretariaten kollektiv überlegen müssen, wie entwickeln wir die Diskussion in unseren Parteieinheiten und -leitungen, wo sind die Schwerpunkte und wie verbinden wir die Probleme der Resolution mit der politischen Aufgabenstellung in unserem Gebiet. Dann hätte es nicht passieren können, daß die Genossen in den unteren Parteieinheiten, die durch die Veröffentlichung in unseren Parteizeitungen in den Besitz der Resolution kamen, mit der Diskussion begannen, während die Parteieinheiten noch bei den Überlegungen über die Entwicklung der Diskussion verharren. So sagt z. B. der Org-Sekretär des Kreises Dortmund:

„Es war beispielsweise bei uns so, daß unsere Grundeinheiten anfangen, über die Resolution zu diskutieren, ohne daß wir diese Diskussion schon organisiert hatten. Hier wurden wir in Dortmund nervös.“ ... „Auf Grund dessen kamen wir zu einer überreichten Anlegung eines Kreisplanes, das heißt, die Anlegung unseres Kreisplanes entbehrte der Gründlichkeit.“

Das ist ein Beispiel dafür, daß unsere Parteieinheiten noch nicht operativ genug arbeiten und darum auch noch nicht in der Lage sind, die Arbeit der Parteieinheiten tatsächlich zu leiten.

Worauf kommt es an?

Das Entscheidende in der Entwicklung der Arbeit der Parteieinheit ist

erstens die Sicherung der kollektiven Arbeit bei gleichzeitiger Betonung der persönlichen Verantwortlichkeit eines jeden Leitungsmitteldes. Die Genossen müssen sich in den Leitungen von unten bis oben nicht nur als Ressortleiter fühlen, sondern ihrer Verantwortlichkeit für die Arbeit der gesamten Leitung bewußt sein;

zweitens: die Entwicklung eines leninistischen Arbeitsstils, in dem, nach den Worten von Stalin, der revolutionäre Schwung mit der nüchternen, sachlichen und beharrlichen Durchführung der Beschlüsse verbunden wird. Die Entwicklung eines solchen Arbeitsstils gilt ebenso für die Arbeit des Parteivorstandes wie für die letzte Grundeinheit unserer Partei. Stalin sagt über die Besonderheiten des leninistischen Arbeitsstils:

„Der russische revolutionäre Schwung ist das Gegengift gegen die Trägheit, gegen das Festhalten an Gewohnheiten, gegen den Konservatismus, gegen die Denkfaulheit, gegen das sklavische Verhalten gegenüber den Traditionen der Großväter.“

Die Aktivität der Partei ist gewachsen

Als Ergebnis der bisher geführten Diskussion über die ideologisch-politische Festigung der Partei können wir sagen, daß die Wachsamkeit der Partei gestärkt wurde und daß wir dabei sind, die Sorglosigkeit in ideologisch-politischen Fragen zu überwinden.

standssitzung in einer unserer Parteizeitungen. Lenin schreibt in „Was tun“ unter anderem:

„Die revolutionäre Sozialdemokratie hat den Kampf um Reformen stets in ihre Tätigkeit eingeschlossen und tut das auch heute“ und „Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie den Kampf um Reformen dem revolutionären Kampf um Freiheit und Sozialismus unter.“

Bedeutet die Erklärung „wir führen keinen Kampf um Reformen“ nicht der Verzicht auf die Entwicklung von Bewegungen der Arbeiter um höhere Löhne, um die Erhaltung des Arbeitsplatzes, um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben; bedeutet dieses nicht Verzicht auf die Organisation des Kampfes der Kriegsoffer um höhere Renten; bedeutet eine solche Erklärung nicht, daß unsere Parteiorganisation ihre Aufgaben in der heutigen Situation überhaupt nicht erkennt?

Genossen! Ich habe zwei Beispiele herausgehoben. Solche und ähnliche Beispiele könnte ich aus allen Ländern bringen. Diese beiden Beispiele zeigen, daß wir den Mangel in der Diskussion der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung überwinden müssen, so daß in Zukunft die Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung der Partei in enger Verbindung mit der Durchführung unserer politischen Aufgaben, in der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands und der Entwicklung von Kämpfen der Arbeiter um höhere Löhne durchgeführt wird.

Der russische revolutionäre Schwung ist jene belebende Kraft, die das Denken weckt und vorwärtstreibt, das Alte zerstört, Perspektiven eröffnet. Ohne diesen Schwung ist kein Fortschritt möglich.“

Genossen!

Es ist gar kein Zweifel, daß wir bei der Arbeit unserer Partei, und vor allem bei den Parteieinheiten eine ganze Portion dieses revolutionären Schwungs benötigen. Allzuoft hängen unsere Parteieinheiten im alten Trott und fehlt es ihnen an revolutionärer Begeisterungsfähigkeit und an revolutionärem Schwung. Das ist auch einer der Gründe, warum wir bei der Neuwahl der Parteieinheiten so großen Wert auf die Einbeziehung junger Kräfte in alle Leitungen der Partei legen.

Dieser revolutionäre Schwung muß aber verbunden werden mit der sachlichen, beharrlichen, konsequenten und zähen Durchführung der Beschlüsse, sonst läuft er Gefahr, wie Lenin sagt, in „revolutionäres“ Wortgeklingel auszuarten. Lenin sagt:

„Weniger schwülstige Phrasen und mehr einfache, alltägliche Arbeit... weniger politisches Wortgeprassel und mehr Aufmerksamkeit für die einfachsten, aber lebendigen... Tatsachen.“

Damit der revolutionäre Schwung nicht entartet in Projektmacherei, wie das vielfach auch bei der Herstellung von Arbeitsplänen unserer Parteieinheiten zum Ausdruck kommt, die manchmal jeder Realität entbehren, die manchmal nur ein Terminkalender sind und im Januar festlegen, welche Sitzungen im August stattfinden sollen, muß der revolutionäre Schwung mit der nüchternen, sachlichen Durchführung der Beschlüsse verbunden werden. Der Arbeitsplan eines Landes- oder Kreisvorstandes, von dem die ganze planmäßige Arbeit abhängt, bleibt ein lebloses und wertloses Stück Papier, wenn in ihm nicht die Probleme der Resolution mit der Wirklichkeit verbunden sind und wenn er von vornherein so aufgestellt ist, daß er gar nicht realisiert werden kann. Stalin lehrt uns darum weiter über den leninistischen Arbeitsstil:

„Die... Sachlichkeit ist jene unabweisbare Kraft, die keinerlei Schranken kennt noch anerkennt, die mit ihrer sachlichen Beharrlichkeit alle wie immer gearteten Hindernisse hinwegfegt, die jede einmal begonnene Sache unbedingt bis zu Ende durchführt, selbst wenn es eine kleine Sache ist, und ohne die eine ernste aufbauende Arbeit undenkbar ist.“

Hebung des ideologisch-politischen Niveaus unserer Partei

ist nicht nur eine Frage der politischen Klärung in den Grundeinheiten. Diese Aufgabe steht vor unserer ganzen Partei und bedeutet vor allen Dingen auch, daß alle Parteieinheiten intensiv an der Verbesserung ihrer politischen Qualifikation arbeiten müssen, damit sie mehr und mehr den vor uns stehenden Aufgaben gewachsen sind. Das bedeutet, daß in Verbindung mit der praktischen Parteiarbeit die Funktionäre in den Parteieinheiten, und vor allen Dingen in den oberen Parteieinheiten, ihr theoretisches Niveau durch ein intensives Studium der Geschichte der KPdSU und der Werke unserer Lehrmeister, der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin heben müssen.

Genossen! Ich habe von operativen Leitungen gesprochen. Dieses allein, die Entwicklung eines leninistischen Arbeitsstils und die kollektive Arbeit, sowie das ständige Arbeiten an dem politischen Niveau der Leitungen sind die Grundbedingungen, um zu einer operativen Arbeit der Parteieinheiten zu kommen. Das ist die große Lehre, die wir aus der nach der 13. und 14. Parteivorstandssitzung geführten Diskussion ziehen müssen.

Ein Beispiel dafür ist die Entlarvung der Hamburger parteifeindlichen Gruppe und die Tatsache, daß die Mitglieder in vielen Hamburger Parteieinheiten den Ausschluß der Leiter dieser Gruppe fordern. Ein weiteres positives Beispiel sind dafür auch die Antwortbriefe, die von Kieler Parteigenossen auf

meinen Brief an die Genossin Wroblensky geschrieben wurden. Es gibt aber eine Reihe Anzeichen dafür, daß unsere Genossen mancherorts das Wesen der Diskussion über die ideologisch-politische Festigung der Partei nicht erkannt haben. An vielen Stellen beginnt man, nach Parteifeinden zu suchen, wobei die Gefahr besteht, daß Genossen mit unklaren Auffassungen nicht überzeugt und einfach als Parteifeinde gestempelt werden.

Ich könnte hier einige Beispiele anführen, wo man Betriebsräte und Mitglieder von Betriebsgruppen kurzer Hand aus der Partei hinausgeschmissen hat, weil sie in irgendeiner Sache unklar waren. Ehe wir jedoch einen Betriebsarbeiter ausschließen, müssen wir mit ihm diskutieren und wenn es 20mal hintereinander ist.

Gegen die Verzerrung

Wie wenig man mancherorts begriffen hat, um was es bei der ideologisch-politischen Festigung unserer Partei geht, beweist eine Erklärung des Sekretariats der Stadtleitung der KPD Hannover, die in der „Wahrheit“ vom 23. Februar 1950 veröffentlicht wurde. Diese Erklärung beginnt mit den Worten: „Ein Parteifeind reiht sich an den andern“. In längeren Ausführungen wird dann mitgeteilt, daß neben offenen und versteckten Agenten des Gegners, die den Auftrag haben, die feindliche Ideologie in unsere Partei hineinzubringen, es Vertreter anderer Methoden gäbe. Dieses sei der Typ des ewigen Nörglers. Worauf dann die Mitteilung kommt, daß „der ehemalige und langjährige Genosse“ H. wegen Veruntreuung von Parteigeldern aus der Partei ausgeschlossen sei. Genossen, abgesehen davon, daß der erste Satz dieser Erklärung fast an Panikmacherei herankommt, wird die ganze Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung unserer Partei mit solchen Erklärungen diskreditiert.

Was aber beweist das? Daß die Genossen den ganzen Sinn der Beschlüsse der 14. Parteivorstandssitzung nicht begriffen haben. Da sie keine wirkliche Diskussion in den Parteieinheiten entwickeln, da sie keine wirkliche Arbeit zur Hebung des ideologisch-politischen Niveaus in Verbindung mit der praktischen Arbeit in ihren Parteieinheiten entwickeln, die darum auch nicht in der Presse positiv zum Ausdruck kommen kann, ziehen sie Fälle an den Haaren herbei, um den Anschein zu erwecken, als ob hier eine Arbeit im Sinne der Beschlüsse der 14. Parteivorstandssitzung geleistet worden sei.

Genossen! Es kommt nun darauf an, zu erkennen, daß die Arbeit zur Hebung des

Die Resolution zur Gewerkschaftsarbeit - ein weiterer Schritt zur ideologischen Klärung

Genossen! Euch ist eine Resolution zur Gewerkschaftsarbeit der Partei zugestellt worden. Die Annahme dieser Resolution durch den Parteivorstand, die Veröffentlichung derselben und das Vertrautwerden eines jeden Parteimitgliedes und Funktionärs mit dieser Resolution ist ein weiterer wesentlicher Schritt zur Hebung des ideologischen Niveaus unserer Partei und zur Hinlenkung unserer Partei auf die Lösung der entscheidenden politischen Aufgaben, nämlich der Organisierung der Kämpfe der Arbeiterklasse für ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen.

Die Annahme der Resolution auf dieser Parteivorstandssitzung ist dringend notwendig, da es in der Partei große Unklarheiten auf diesem entscheidenden Gebiet unserer Tätigkeit gibt und da die sozialen Auseinandersetzungen auf Grund der von der Protektorsverwaltung Adenauers durchgeführten Wirtschaftspolitik schärfer und schärfer hervortreten.

Die Schwäche unserer Partei in der Gewerkschaftsarbeit kommt zum Ausdruck darin, daß in vielen Parteieinheiten anti-gewerkschaftliche Stimmungen sich entwickeln. In dem bereits von mir zitierten Bericht des Nürnberger Genossen heißt es:

„Wir müssen fernerhin beachten, daß sich seit neuestem bei den Betriebsgruppen eine Tendenz der Gewerkschaftsfeindlichkeit entwickelt. Unser Einfluß in den Betrieben in Nürnberg ist gut, aber in den Gewerkschaften schlecht, sie befinden sich in den Händen der Opportunisten. Jetzt tritt die MAN-Betriebsgruppe, die die stärkste in Nürnberg ist, an uns heran in der Frage der Kündigung des Tarifvertrages der Metallarbeiter und sagt uns: „Wir verlangen daß ihr die Gewerkschaften offiziell boykottiert“. Auf ihrer Betriebsarbeiterkonferenz sei man zu ihnen gekommen und man müsse sich überlegen, ob man diesen Fragen der Arbeiter nicht nachgeben müsse, wenn wir unseren Einfluß nicht verlieren wollen und uns die Proleten nicht mit Mißtrauen begegnen sollen. 70 % der Anwesenden bei dieser Betriebsarbeiterkonferenz hätten zu dieser Meinung Beifall geklätscht.“

Ueberwindet gewerkschaftsfeindliche Stimmungen

Solche gewerkschaftsfeindliche Stimmungen gibt es nicht nur in Bayern, sondern in allen Ländern, in Hamburg bei den Hafen- und Werftarbeitern wie bei den Bergarbeitern im Ruhrgebiet. Natürlich liegen diese gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen vor allen Dingen in der falschen Politik der Gewerkschaftsführung begründet, die bei dem Wiederaufbau der Gewerkschaften 1945 nicht die Lehren aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gezogen haben und heute sich zum Ziele setzen, die Kämpfe der Arbeiter um ihre Forderungen zu verhindern, wie z. B. im Bergbau und bei den Hafenarbeitern. Die rechte Führung versucht, die Gewerkschaften der in Westdeutschland durchgeführten Wirtschaftspolitik auf Kosten der Arbeiter dienstbar zu machen. Sie versucht, den Gewerkschaften hier vollends den Charakter von Klassenkampforganisationen zu nehmen und sie ebenso wie die AFL dem amerikanischen Imperialismus dienstbar zu machen.

Ein anderer Grund für die gewerkschaftsfeindliche Stimmung in unserer Partei und in

ideologisch-politischen Niveaus unserer Partei erstens keine Kampagne ist, sondern im Zusammenhang mit der Lösung unserer politischen Arbeit ununterbrochen fortgesetzt wird,

und zweitens: diese Arbeit zu vertiefen, indem wir uns mit feindlichen ideologischen Auffassungen, die ja täglich in die Arbeiterklasse hineingetragen werden, auf das gründlichste auseinandersetzen und sie ständig bekämpfen. Gerade hier gibt es in der Arbeit unserer theoretischen Zeitschrift „Wissen und Tat“, ebenso in der Arbeit unserer gesamten Parteipresse noch große Mängel. Von uns wird der Marxismus-Leninismus noch viel zu wenig propagiert und vor allen Dingen nicht vom Boden des Marxismus-Leninismus aus feindliche in die Arbeiterklasse eindringende Ideologien zerschlagen.

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis

Das bedeutet z. B., daß es nicht genügt, die „moralische Aufrüstung“ als der Arbeiterklasse feindlich, als eine Agentur des amerikanischen Imperialismus zu bezeichnen, sondern daß wir dieses auch beweisen müssen. Das bedeutet weiterhin, daß wir beispielsweise das Ahlener Programm der CDU, das im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, ebenso wie in den Gewerkschaften eine große Rolle spielt, als bewußte Irreführung der Arbeiterklasse entlarven müssen. Vor allen Dingen heißt das aber, daß wir uns täglich mit den von den rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern in die Arbeiterklasse hineingetragenen, der proletarischen Ideologie feindlichen Auffassungen auseinandersetzen müssen.

Woher sollen die Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften die Argumente für ihren täglichen Kampf nehmen, wenn wir sie ihnen nicht durch unsere Organe, durch die theoretische Zeitschrift und durch die Parteipresse vermitteln. Darum heißt es in der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung:

„Ohne den entschiedenen Kampf gegen die Ideologie und Politik der Schumacher, Heine, Ollenhauer u. Co. kann die deutsche Arbeiterklasse weder um ihre Tagesforderungen noch um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele erfolgreich kämpfen.“

Es genügt aber nicht, daß wir dieses in der Resolution festgestellt haben, sondern wir müssen es täglich auf allen Gebieten, in den Parlamenten ebenso wie in den Betrieben und Gewerkschaften in die Praxis umsetzen.

der Arbeiterklasse ist die Tatsache, daß wir bisher keine eigene Gewerkschaftsplatform entwickelt haben, von der aus wir in den Gewerkschaften und in den Betrieben den ideologischen Kampf um den Klassenkampf-Charakter der Gewerkschaften, um die Aktions-einheit der Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer berechtigten, sozialen und demokratischen Forderungen führten.

Die Arbeiter in den Betrieben, die zur Hauptsache Mitglieder der Gewerkschaften sind, sehen dadurch, daß wir bisher keine Gewerkschaftsplatform entwickelt haben, nur die Politik der rechten Gewerkschaftsführer und setzen die Gewerkschaften mit dieser Politik der rechten Gewerkschaftsführung gleich. Hierbei muß man berücksichtigen, daß ja die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, besonders die Jugendlichen, keine gewerkschaftliche Erfahrung besitzen und darum nicht wissen, welche Bedeutung die Gewerkschaften im Kampf der Arbeiterklasse haben.

Mit der Gewerkschaftsresolution wollen wir aber nicht nur den linkssektiererischen gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen in unserer Partei entgegenreten, sondern zu gleicher Zeit auch den opportunistischen, die darin zum Ausdruck kommen, daß es kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte gibt, die sich kaum wesentlich in ihrer Gewerkschaftsarbeit von den rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern unterscheiden.

Erziehung zur Gewerkschaftsarbeit

Mit der Gewerkschaftsresolution wollen wir unsere Partei gewerkschaftlich erziehen, wollen wir erreichen, daß jedes organisationsfähige Mitglied unserer Partei Mitglied der Gewerkschaft wird und das Ziel hat, in der Gewerkschaft der beste Gewerkschaftler zu sein. Mit der Gewerkschaftsresolution wollen wir unsere Partei fähig machen, den Kampf um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und um die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Betrieben und Gewerkschaften zu führen. In der Resolution des Informationsbüros: „Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der Kommunistischen und Arbeiterparteien“ heißt es unter anderem:

„Es ist die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Parteien, in jedem kapitalistischen Land alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu gewährleisten. Gewaltige Bedeutung gewinnt gegenwärtig die Einbeziehung der gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter in die Gewerkschaften und in den aktiven Kampf. Solche Arbeiter bilden in den kapitalistischen Ländern einen bedeutenden Teil des Proletariats. Wenn die Kommunistischen Parteien die Arbeit mit den organisierten Arbeitern richtig entfalten, werden sie bei der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse bedeutende Erfolge erzielen können.“

Gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern

Genossen! Unsere Gewerkschaftsresolution gewinnt eine besondere Bedeutung dadurch, daß die CDU- u. die SPD-Führung heute einen

verschärften Kampf um ihren Einfluß auf die Gewerkschaften führen. Ich habe vorhin schon gesagt, daß die Gewerkschaften in Westdeutschland zur Stütze der hier betriebenen Wirtschaftspolitik gemacht werden. Das findet seinen Ausdruck nicht nur darin, daß die rechten Gewerkschaftsführer nicht nur in der Deutschen Kohlenbergbauleitung und in der Treuhandgesellschaft sitzen, sondern auch in der Anerkennung des Ruhrstatus durch die rechten Gewerkschaftsführer und in der Entsendung Dr. Potthoffs als stellvertretendes „deutsches“ Mitglied in der Ruhrbehörde.

Das Problem des Kampfes der Organisierung der Arbeitslosen

Die Erfahrung lehrt uns, vor allen Dingen auch die Erfahrungen aus der Zeit vor 1933, daß die Arbeitslosen, wenn wir nicht den Kampf für ihre Forderungen organisieren, sehr leicht zu einer Gefahr für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse und des Volkes werden können, dadurch, daß sie

erstens als industrielle Reservearmee einen Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der noch im Betrieb befindlichen Arbeiter ausüben;

zweitens, und das gilt besonders für die jugendlichen Arbeitslosen, zu einem Rekrutierungsreservoir für Söldnerheere und militärische Formationen, wie z. B. Freiwilliger Arbeitsdienst, werden,

drittens, wie wir das 1933 schon mit der SA erlebt haben, daß sie sehr leicht Spielball chauvinistischer und faschistischer Elemente werden können. Diese Gefahr ist heute besonders groß, da die Arbeitslosigkeit in ländlichen Gebieten und in Gebieten mit einem hohen Prozentsatz von Umsiedlern am stärksten ist. Darum müssen im Rahmen des Kampfes der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zentrale und örtliche Forderungen der Arbeitslosen entwickelt werden.

Ich würde z. B. folgende fünf zentralen Forderungen vorschlagen:

1. eine einmalige Beihilfe für jeden Hauptunterstützungsempfänger in Höhe von 200 DM,
2. die Erhöhung der Arbeitslosensätze für Hauptunterstützungsempfänger um 20 % für Familienangehörige um 50 %,
3. die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung wird für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt,

Schlußfolgerungen u. unmittelbare Aufgaben

Genossen! Ich möchte kurz nochmals zusammenfassen: Die ganze Kraft unserer Partei muß in der kommenden Zeit auf die Entwicklung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands auch hier in Westdeutschland konzentriert werden. Die Erklärung Mc Cloys beweist, daß die Stimmung in allen Bevölkerungsschichten für die Einheit und Unabhängigkeit, für den Frieden und den Abzug der Besatzungstruppen viel weiter fortgeschritten ist, als dies bereits organisierter Ausdruck gefunden hat. Es ist die Aufgabe unserer Partei, dafür zu sorgen, daß diese Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck kommt in der Bildung von Ausschüssen der Nationalen Front in allen Städten und Betrieben. Die Arbeit zur Hebung des ideologisch-politischen Niveaus der Parteimitglieder und Funktionäre kann nur erfolgreich durchgeführt werden in Verbindung mit der Lösung dieser Aufgabe unserer Partei, in Verbindung mit der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Es ist darum notwendig, daß das Programm der Nationalen Front studiert und in allen Bevölkerungsschichten verbreitet wird.

Der entscheidende und führende Faktor in der Nationalen Front ist die Arbeiterklasse. Der Entwicklung von Kämpfen der Arbeiter für höhere Löhne und Gehälter, für die Erhaltung des Arbeitsplatzes und zur Verteidigung des Friedens gilt darum auch unser Hauptaugenmerk.

Das Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten in Berlin wird ein wesentlicher Schritt im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands sein.

Die Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend hier in Westdeutschland beweist, daß der Gedanke der Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands in der westdeutschen Jugend Boden gewinnt, und das Deutschlandtreffen wird dazu beitragen, daß dieser Gedanke immer tiefer in die deutsche Jugend eindringt. Es ist eine wichtige Aufgabe und ein Teil unseres Kampfes zur Schaffung der Nationalen Front, der FDJ bei der Vorbereitung des Deutschlandtreffens alle Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen.

Unsere Partei steht vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, die am 18. Juni stattfinden sollen. Diese Wahlen haben für die Partei und für den Kampf um eine einheitliche demokratische Republik und um den Frieden eine besondere Bedeutung. Dieses sind die ersten Landtagswahlen, wenn wir von Hamburg absehen, seit der sogenannten Bundestagswahl, und sie finden statt im wichtigsten Land in Westdeutschland. Es wird die Aufgabe der Partei sein, bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlkampagne aus der Resolution der 13. Parteivorstandssitzung über die „Ergebnisse der Wahlen vom 14. August 1949“ die Lehren zu ziehen.

Es muß jetzt schon mit der Vorbereitung zum Wahlkampf begonnen werden. Der Wahlkampf muß in seiner großen Linie geführt werden entsprechend dem Programm der Nationalen Front, welches auf die Bedingungen im Land Nordrhein-West-

Einen sichtbaren Ausdruck bekam diese Bindung der rechten Gewerkschaftsführer auch dadurch, daß Böckler von dem Chef der westdeutschen Protektorsverwaltung Adenauer, den selbst Schumacher als Vertreter der westdeutschen Reaktion bezeichnete, anlässlich seines 75. Geburtstages persönlich gratuliert wurde, wobei Adenauer folgendes sagte: „Wir haben die gleichen Ziele...“

Genossen! In der Gewerkschaftsresolution wird auch ein Problem geklärt, über das es bis jetzt in der Partei noch Unklarheiten gegeben hat.

4. Miete, Gas und Licht werden von den kommunalen Behörden übernommen.

5. Arbeitslose dürfen nur gegen tarifliche Belohnung zur Arbeit herangezogen werden.

Diese Forderungen können natürlich entsprechend den örtlichen oder betrieblichen Bedingungen ergänzt werden.

Anerkennung der Erwerbslosen-Ausschüsse

Zur Organisierung des Kampfes der Arbeitslosen um diese Forderungen müssen einheitliche Kampforgane geschaffen werden. Bei der Bildung dieser Kampforgane, der Erwerbslosenausschüsse, die Delegierte in die Ausschüsse der Nationalen Front entsenden sollen, muß die Verbindung zu den Betriebsarbeitern dadurch gesichert sein, daß Vertreter der Betriebsbelegschaften, beispielsweise Betriebsräte, in die Erwerbslosen-Ausschüsse mit hineingewählt werden. Von vornherein muß der Kampf um die Anerkennung dieser Erwerbslosenausschüsse durch die Gewerkschaften geführt werden. Es gibt eine Tendenz bei den rechten Gewerkschaftsführern, die Erwerbslosen von den Gewerkschaften fernzuhalten, weil sie in ihnen eine Gefahr für die Durchführung ihrer reaktionären Gewerkschaftspolitik sehen. Um so wichtiger ist,

erstens die Organisierung des Kampfes um die Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse durch die Gewerkschaften und

zweitens die Wahrung der einheitlichen Zusammensetzung dieser Erwerbslosenausschüsse, die sowohl Gewerkschaftler wie nichtorganisierte Arbeitslose erfassen.

falen konkretisiert wird. Die nationalen Forderungen unserer Partei müssen in diesem Kampf verbunden werden mit den sozialen Forderungen der Werktätigen, wobei der Kampf der Arbeiter in den Betrieben um höheren Lohn, um bessere Arbeitsbedingungen, um das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen und der Kampf der Arbeitslosen um ihre Forderungen entwickelt werden muß.

Klar und eindeutig muß der Hauptstoß entsprechend der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung gegen die verräterische deutsche Großbourgeoisie, ihre Verwaltungsstellen in Bonn und damit gegen die CDU und FDP gerichtet werden, wobei wir einen Unterschied machen zwischen der CDU-Führung und den christlichen Werktätigen, die wir für uns gewinnen wollen. Hierbei müssen wir ganz klar die Verantwortung der rechten sozialdemokratischen Führer, wie Schumacher, Ollenhauer und ihre Minister Nöbling, Menzel, Halbfell und Steinhoff, herausarbeiten.

Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern und Werktätigen zeigen, daß die reaktionäre Politik der CDU und FDP, der Protektorsverwaltung Adenauer in Bonn nur möglich war durch die Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer und der sozialdemokratischen Minister im Lande Nordrhein-Westfalen, die hier mit der CDU in einer Koalitionsregierung sitzen und die Anordnungen der Protektorsverwaltung Adenauer durchführen. Die notwendige und scharfe Kritik an der rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung muß so entwickelt werden, daß sie uns hilft, die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären in den Betrieben und Gewerkschaften zu bilden. In dieser Grundlinie muß auch der Wahlauftritt und das Wahlprogramm gehalten sein.

Genossen! Wir haben heute zu der Entwicklung unserer Partei nach der 14. Parteivorstandssitzung und zu unseren Aufgaben in der kommenden Zeit Stellung genommen. Wir haben gesehen, daß vielfach die Arbeit zur ideologisch-politischen Festigung der Partei losgelöst von der konkreten Aufgabenstellung geleistet wurde. Es wird darauf ankommen, diesen Hauptmangel abzustellen und in Verbindung mit der Lösung der politischen Aufgaben der Partei das ideologisch-politische Niveau der Partei zu heben. Nur wenn die Parteileitungen lernen, operativ zu arbeiten und die Partei auf die Lösung der entscheidenden politischen Aufgaben zu orientieren, wird unsere Partei in Westdeutschland sich ihrer hohen politischen Verantwortung gewachsen zeigen.

Die Aktivität der Partei ist nach der 14. Parteivorstandssitzung gestiegen. Jetzt gilt es, unsere Partei mitgliedermäßig zu stärken, d. h. daß wir uns bemühen müssen, ständig für die Partei die besten Arbeiter zu werben. Es kommt auch darauf an, die Werbung für unsere Zeitung stärker, als dies bisher geschehen ist, in Angriff zu nehmen. Die Werbung neuer Mitglieder und die Werbung für unsere Parteipresse, das sind auch sichtbare Merkmale der ideologisch-politischen Festigung der Partei. Jetzt kommt es darauf an, sie auf ihre entscheidenden politischen Aufgaben zu orientieren und die Aktivität so weiter zu entwickeln.